



SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



17 ZIELE FÜR EINE GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNE

AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

SDG 1: ARMUT IN JEDER FORM UND ÜBERALL BEENDEN



Im Jahr 2019 ging der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an die Armutsforscherin Esther Duflo und Abhijit Banerjee. Nach Duflo und Banerjee wird Armut nicht nur durch sogenannte Armutsfallen oder einer festgelegten Höhe der Kaufkraft definiert. Armut ist vielmehr von komplexen Alltagsentscheidungen der betroffenen Individuen sowie fehlenden Zugängen z. B. zu Bildung, Teilhabe oder Gesundheitsversorgung geprägt.

STATISTIKEN FÜR EINE GERECHTERE STADT

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Wie entwickelt sich die Stadt? Wo lässt es sich gut leben? Wo stellt der Wohnort eine Benachteiligung dar? Die Stadt Hamburg nutzt zur Beantwortung dieser Fragen seit 2010 ein Sozialmonitoring. So werden die Stadtgebiete kleinteilig analysiert, um Unterschiede in den Wohngebieten zeitnah zu erkennen und so Handlungsbedarfe abzuleiten.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Für das Sozialmonitoring wird das Stadtgebiet in 848 kleine Untersuchungsräume mit durchschnittlich jeweils 2000 Menschen aufgeteilt. Für jedes dieser statistischen Gebiete werden jährlich Status (hoch, mittel, niedrig, sehr niedrig) und Entwicklungsdynamik (positiv, stabil, negativ) ermittelt. Dies geschieht mit Hilfe von Indikatoren, wie z. B. dem Anteil von Kindern in Mindestsicherung und/oder ohne Schulabschluss. Anhand dieser Daten lassen sich Entwicklungen innerhalb der Stadt erkennen und ggf. beeinflussen.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) verfolgt der Hamburger Senat das Ziel, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiter zu entwickeln und sozialer Polarisierung entgegenzuwirken. Die Auswahl der Fördergebiete erfolgt u. a. auf Basis des Sozialmonitorings und darauf aufbauender Untersuchungen.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

2018 ist der Hamburger Sozialmonitoring-Bericht bereits zum neunten Mal erschienen. Er zeigt eine stabile Entwicklung in den statistischen Gebieten und keine Tendenzen zur weiteren Polarisierung. Zusätzlich zum Ansatz der Bekämpfung von Ungleichheiten mittels städtebaulicher Maßnahmen untersucht der Hamburger Sozialbericht unterschiedliche Handlungskonzepte zur Verminderung von Armutsrisiken.





PROJEKT BERGEDORF-WEST

Im Südosten Hamburgs, unmittelbar an der Grenze zu Schleswig-Holstein, liegt der Stadtteil Bergedorf. Im Westen dieses Stadtteils entstand vor 50 Jahren ein damals als modern angesehenes Quartier: Bergedorf-West. Doch das Viertel und die bauliche Substanz seiner Einkaufszentren, Sportanlagen und öffentlichen Einrichtungen sind in die Jahre gekommen.

Auch die sozioökonomische Situation der Bewohnerinnen und Bewohner unterscheidet sich deutlich vom Hamburger Durchschnitt: Von den rund 7.000 Menschen, die hier leben, beziehen laut des Sozialmonitoring-Berichts der Stadt Hamburg überdurchschnittlich viele Sozialleistungen nach SGB II (Hartz IV), darunter ein hoher Anteil an unter 15-jährigen. Zudem wohnen in Bergedorf-West überdurchschnittlich viele Alleinerziehende, Menschen unter 18 Jahren und Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung versucht man nun, die Wohn- und Lebensqualität im Quartier zu verbessern. Um die Potenziale des Stadtteils besser zu nutzen, hat der Hamburger Senat Bergedorf-West im März 2019 als Fördergebiet im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) festgelegt. Diesem Beschluss ging eine Problem- und Potenzialanalyse voraus, die das Bezirksamt Bergedorf in Abstimmung mit der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) auch auf Grund der Ergebnisse des Sozialmonitorings in Auftrag gegeben hat.

SOZIALER ZUSAMMENHALT DURCH UNTERSTÜTZUNG

„Hamburg soll als gerechte und lebenswerte Stadt weiterentwickelt und der soziale Zusammenhalt gefördert werden. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung wollen wir Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf städtebaulich und sozial stabilisieren“, erklärt Dr. Dorothee Stapelfeldt, die Hamburger Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen die Zielsetzung des Rahmenprogramms. Die Lebensqualität wird durch Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und die soziale Infrastruktur, in das Wohnumfeld und die Versorgungsstrukturen verbessert.



Rund 7.000 Menschen leben im Quartier Bergedorf-West.
(Foto: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg)

Für Bergedorf-West, bei dem das Sozialmonitoring für das bevölkerungsstärkste statistische Gebiet einen sehr niedrigen Statusindex und für zwei weitere statistische Gebiete einen mittleren Statusindex ausweist, bedeutet dies konkret die Schaffung eines neuen, attraktiveren Quartierseingangs sowie die Sanierung und Umgestaltung des Einkaufszentrums. Zudem sollen Grün- und Freiflächen das Wohnumfeld aufwerten und neue Wegeverbindungen zu angrenzenden Quartieren geschaffen werden. Geplant sind auch die Modernisierung von Sportanlagen und sozialer Infrastruktur.

BEDÜRFNISSE ALLER STADTTEILE IM BLICK

Darüber hinaus sollen Nachverdichtungspotenziale aktiviert, Neubaupotenziale erschlossen und Wohnungsbestände stabilisiert werden. So trägt die Stadt auch zur Entlastung des Wohnungsmarkts und zu einer angemessenen Wohnraumversorgung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bei. „Uns sind die Bedürfnisse der Stadtteile genauso wichtig wie die großen Stadtentwicklungsprojekte“, betont die Senatorin.

Die Förderung von Bergedorf-West soll bis 2025 andauern und kann bei Bedarf auch verlängert werden. Damit die Hochhäuser, die den Stadtteil prägen, vielleicht nicht mehr für Modernität wohl aber wieder für Lebensqualität stehen.

SDG 2: DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN



Hunger und alle Formen der Fehlernährung sollen beendet werden. Außerdem ist eine gesunde Ernährung das Ziel, sowie ein nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln – sowohl auf Seiten der Landwirtschaft als auch auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Ziel einer gesünderen Ernährung ist eng verknüpft mit SDG 3, das den Orientierungsrahmen für ein gesundes Leben für alle Menschen vorgibt.

GEMEINSAM FÜR EINE GESUNDE ERNÄHRUNG

→ UM WAS GEHT ES?

Fast jedes fünfte Kind in Amsterdam ist übergewichtig. Seit 2013 geht die Stadt dagegen vor. Ziel ist, die Gesellschaft so zu verändern, dass gesunde Ernährung, mehr Bewegung und besserer Schlaf ganz alltäglich werden. Verantwortlich dafür sind nicht nur Eltern, das ganze Umfeld muss sich verändern, damit die Kinder sich gesünder verhalten und keine Gewichtsprobleme mehr haben.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Der Stadtrat hat das Thema Übergewicht bei Kindern 2013 auf die Agenda der Stadt gesetzt. Anfangs gab es kein eigenes Budget für den Kampf dagegen, aber einstimmige Unterstützung. Alle Verwaltungsbereiche haben aus ihren Mitteln zu einem gesünderen Lebensstil von Kindern beigetragen. Inzwischen gibt es ein eigenes Budget, bis 2033 ist das Programm „Gesundes Gewicht“ das von allen Parteien unterstützt wird, finanziert.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Der Grundgedanke des Programms ist, dass der Kampf gegen ungesunde Ernährung als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen werden muss. Eltern und Schulen tragen dazu ebenso bei wie Geschäfte oder Nachbarschaftszentren. Diese spielen eine wichtige Rolle: Hier unterstützen etwa 120 geschulte Fachkräfte Familien übergewichtiger Kinder in Fragen von Ernährung, Bewegung, Schlaf und eines gesunden Lebensstils.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Das Programm ist nun in einer Phase, in der es nicht mehr nur darum geht, Einzelmaßnahmen umzusetzen. Es geht darum, gesunde Ernährung in alle Politikbereiche einzubeziehen, um strukturellen Änderungen voranzubringen. In der Stadtverwaltung aber auch in der Zusammenarbeit mit vielfältigen Partnern wie z. B. Schulen, Pflegepersonal, Lebensmittelindustrie. Weil es dauert, bis sich Strukturen ändern, nimmt die Stadt sich Zeit. Wenn die Förderperiode 2033 zu Ende ist, wird eine ganze Generation unter dem Einfluss des Programms aufgewachsen sein.





WIE AMSTERDAM ÜBERGEWICHT VORBEUGT

Hunger und alle Formen der Fehlernährung zu beenden, so lautet das erklärte Ziel der Vereinten Nationen (SDG 2). Während in vielen Ländern des Globalen Südens der mangelnde Zugang zu Nahrungsmitteln eine große Herausforderung darstellt, haben Länder des Globalen Nordens häufig mit falscher Ernährung und daraus resultierenden Gesundheitsschäden zu tun. Die Stadt Amsterdam will das Problem bei der Wurzel packen. Fast jedes fünfte Kind in der Stadt ist übergewichtig. Amsterdam will deshalb ein Umfeld schaffen, in dem ein gesunder Lebensstil ganz selbstverständlich ist.

Von einer schleichenden Epidemie hat Stadtrat Eric van der Burg gesprochen, als er 2013 feststellte, dass 25 Prozent der Kinder in Amsterdam übergewichtig waren. Er war es, der alle Ressorts zu einer gemeinsamen Anstrengung dagegen aufrief. Inzwischen leitet Stadträtin Simone Kukenheim das Programm, das alle Parteien unterstützen. Es ist bis 2033 finanziert.

EIN UMFELD, DAS KINDER DICK MACHT

Ganz am Anfang stand eine grundlegende Analyse des Problems. Die Frage nach Verantwortlichkeit machte schnell deutlich, dass ein gesunder Lebensstil eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Eltern oder Schulen alleine können nicht genügend ändern. „Das ganze Umfeld ist so angelegt, dass es unsere Kinder dick macht“, sagt Karen den Hertog von der Stadt Amsterdam: „Und deshalb lautet unser Prinzip: Wir müssen das Umfeld ändern. Die gesunde Wahl muss die selbstverständliche sein“. Konkret heißt das, dass die Stadt Schulen, Eltern, Geschäfte, Sportvereine, Nachbarschaftszentren, etc. dazu aufruft, gegen Übergewicht aktiv zu werden. „Für Ladenbesitzer bedeutet das ein Umdenken“, sagt Karen den Hertog. Die Stadt versucht, sie ins Boot zu holen: So sollen Nüsse und Wasser statt Schokoriegeln und Softdrinks künftig in den Kassenbereichen stehen, auf Augenhöhe der Kinder. Gesundes statt Junkfood. Die Stadt kooperiert auch mit Supermarktketten, um zu sehen, wie sich die Umstellung auf ein gesünderes Sortiment auf den Profit auswirkt. Amsterdam will auch Vorbild sein: Die Stadt richtet nur noch gesundheitsfördernde Veranstaltungen für Kinder aus und subventioniert Aktivitäten anderer nur, wenn sie die Amsterdamer Gesundheitskriterien einhalten.



Bewegung ist neben gesundem Essen und gutem Schlaf zentral für die Gesundheit. (Foto: Kees Hooegeven)

DIE GANZE STADT MUSS SICH BETEILIGEN

Auch rund 300 Schulen legen inzwischen ein besonderes Augenmerk auf die gesunde Ernährung der Kinder. Sie tragen dazu bei, die drei Grundregeln zu vermitteln: Gesundes Essen und Trinken, ausreichend Bewegung und guter Schlaf. Eine wichtige Rolle im Vorgehen gegen Übergewicht bei Kindern spielen Fachkräfte in den Nachbarschaftszentren, die alle Familien besuchen, etwa wenn sie ihre Kinder untersuchen oder impfen lassen. Diese Fachkräfte – inzwischen gibt es etwa 120 – erkennen Ursachen für Übergewicht und zeigen Auswege: Drei Jahre stehen sie betroffenen Familien zur Seite. Sie können kostenfreie Sportangebote ebenso organisieren wie Schuldnerberatungen. „Für ärmere Menschen ist es schwieriger, die gesunde Wahl zu treffen. Armut und Stress sind Risikofaktoren für Übergewicht“, sagt Karen den Hertog.

Das Programm für gesundes Gewicht bleibt eine Querschnittsaufgabe. Auch die Stadtentwicklung spielt eine Rolle. „Die Stadt muss die Menschen dazu einladen, sich zu bewegen, beispielsweise mit Spielplätzen auf Schulgeländen, die auch nach Schulschluss zur Verfügung stehen“, sagt Karen den Hertog. Vieles läuft bereits gut in Amsterdam, vieles bleibt noch zu tun. Doch mit einer Förderung bis 2033 kann eine ganze Generation unter dem Einfluss des Programms aufwachsen. Dieser lange Atem sei zentral für das Projekt, sagt Karen den Hertog: „Von Freiwilligen in Nachbarschaftszentren über Erzieherinnen und Erzieher bis zum Bürgermeister oder einem Vorstand in der Lebensmittelbranche: Die ganze Stadt muss sich dem Ziel einer gesünderen Ernährung verpflichten“.



Die Gesundheit aller Menschen zu verbessern, gehört zu den Zielen der Agenda 2030. Um es umzusetzen, sind das Angebot und der diskriminierungsfreie Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen entscheidend, ebenso die medizinische Forschung und die Entwicklung von Arzneimitteln. Zentral sind außerdem Präventionsmaßnahmen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und zu verbessern. Dabei sind Gesundheit, ein gutes Wirtschaftssystem und der Schutz der Umwelt eng verknüpft.

GESUNDHEIT FÜR ALLE

➔ UM WAS GEHT ES?

Die Stadt Utrecht hat ein gesundes urbanes Leben zu ihrem Ziel erklärt. Sie verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz: In unterschiedlichen Kooperationen fördert die Stadt seit 2015 aktiv die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen, vom Wohnen über Sport bis hin zur Luft- und Nahrungsqualität, der Förderung von Bewegung und Grünflächen. Die Gesundheitspolitik der Stadt Utrecht setzt auf Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und will einen gesunden Lebensstil in allen gesellschaftlichen Bereichen etablieren.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

An einer zukunftsfähigen Stadt zu arbeiten, bedeutet für Utrechts Bürgermeister Jan van Zanen, den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen von Menschen, dem Profit und dem Planeten zu schaffen. Utrecht verfolgte diverse Nachhaltigkeitsprogramme, bevor es sich 2015 zur „Global Goal City“ erklärte. Die SDGs sind dabei der Rahmen, an dem sich die Stadtentwicklung orientiert.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Mit einem Bündel von Maßnahmen will Utrecht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern. So fördert die Stadt etwa das Fahrradfahren, damit alle sich mehr bewegen. Inzwischen ist Utrecht nach Kopenhagen auf Platz zwei der fahrradfreundlichsten Städte Europas – und möchte den ersten Platz erreichen. Utrecht fördert Nachbarschaftsgärten ebenso wie erneuerbare Energien und gesundes Essen.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

25 Prozent der Wirtschaftsunternehmen in Utrecht arbeiten im Gesundheitsbereich. Die Stadt baut ihre Kooperationen mit Unternehmen aus und fördert das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger. Die erfolgreiche Strategie, gemeinsam an einer gesünderen Zukunft zu arbeiten, wird die Stadt weiterverfolgen. Zudem wird sie ihre bestehenden Kooperationen mit anderen europäischen Städten weiterführen, damit alle vom Erfahrungsaustausch profitieren.



GESUNDE STADT, GESUNDE MENSCHEN

Für die niederländische Stadt Utrecht, die sich 2015 zur „Global Goal City“ erklärte, geben die SDGs den Rahmen vor, an dem sie ihre Stadtentwicklung ausrichtet. Zudem steht Utrecht zur Erreichung der Ziele im Austausch mit europäischen Städten, darunter Bonn, Stuttgart und Malmö. Zu den erklärten Zielen der Agenda 2030 gehört die Verbesserung der Gesundheit aller Menschen. Für ein gesundes urbanes Leben spielt Bewegung ebenso eine Rolle wie die Qualität der Luft und die Anzahl der Grünflächen. So ist die Gesundheitspolitik eng verzahnt mit der Erreichung der anderen SDGs, gerade im Bereich der Umwelt- und der Wirtschaftsziele.

„25 Prozent Unternehmen und Betriebe arbeiten im Gesundheitsbereich“, sagt Desirée van de Ven, Koordinatorin Internationale Angelegenheiten bei der Stadt Utrecht. Zudem gibt es eine Reihe von Initiativen, die zu einem gesünderen Lebensstil beitragen, etwa Nachbarschaftsinitiativen, die Gemeinschaftsgärten pflegen. Utrechts Gesundheitsamt will das Ziel eines gesunden urbanen Lebens gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern erreichen. Im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 stellt die Stadt die notwendigen Rahmenbedingungen, um lokale Initiativen zu stärken. Im Gesundheitsbereich sucht sie die Kooperation mit Unternehmen, mit Expertinnen und Experten und den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Gesundheitspolitik konzentriert sich auf drei Kernbereiche: „Gesunde Stadt“, „Gesunde Nachbarschaft“ und im frühkindlichen Bereich „Gesunder Start“. 22 Millionen Euro Budget wendet die Stadt Utrecht dafür auf, dass ihre Einwohnerinnen und Einwohner möglichst gesund sind und in einem gesunden Umfeld leben.

GESUNDHEIT IM ALLTAG

Einkommen, Bildungsgrad und Wohnort wirken sich auf die Gesundheit aus. Utrecht will die Unterschiede ausgleichen und fokussiert sich deshalb auch auf benachteiligte Stadtteile. Eine gesündere Ernährung, mehr Bewegung und eine bessere Luftqualität sollen überall Realität werden. Eine der Maßnahmen ist das Fördern des Radfahrens. Utrecht ist inzwischen auf Platz zwei der radfreundlichsten Städte Europas, direkt hinter Kopenhagen. Und strebt den ersten Platz an. Die Stadt will es den Menschen so einfach wie möglich machen, aufs Fahrrad umzusteigen – das reduziert den CO₂-Ausstoß und sorgt für mehr Bewegung im Alltag.



Auch Bushaltestellen liefern in Utrecht einen Beitrag zu sauberer Luft.
(Foto: imago images / Hollandse Hoogte)

Deshalb wird dem Rad an vielen Stellen Vorrang gegeben. Ampeln wurden neu justiert oder abgebaut, um den Verkehrsfluss für Räder zu verbessern. Außerdem hat die Stadt das weltgrößte Parkhaus für Fahrräder gebaut, 12.500 Räder stehen dort sicher und trocken. Es ist bei den Einwohnerinnen und Einwohnern so beliebt, dass es demnächst vergrößert werden soll. Utrecht investiert zudem in breitere Radwege und schränkt den Autoverkehr ein. Seit 2015 dürfen in Utrechts Innenstadt keine Dieselfahrzeuge und Lieferwagen mehr fahren, die vor 2001 hergestellt wurden. Der öffentliche Nahverkehr liefert auch einen Beitrag zur sauberen Luft, u. a. auch durch die Begrünung der Dächer einiger Haltestellen.

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN

Desirée van de Ven sagt, dass lokale Initiativen, soziale Unternehmen und Firmen in Utrecht Gesundheit, Ernährung und gesellschaftliches Engagement mit wirtschaftlichen Möglichkeiten verbinden. So gebe es beispielsweise eine App, die das gemeinsame Essen möglich macht: Wer gerade gekocht hat und etwas abgeben kann, postet das Gericht über die App. Wer hungrig ist, kann für kleines Geld zu dem selbstgemachten Essen vorbeikommen. Auch das kann dazu beitragen, dass Menschen gemeinsam Gutes essen, statt in Eile Fastfood. Die App ist ein Sozialunternehmen, das unter anderem von der Stadt Utrecht finanziell unterstützt wird.

Mit ihrem ganzheitlichen Ansatz und der Einladung an alle, sich einzubringen, arbeitet Utrecht daran, die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen und die Stadt zu einer besonders lebenswerten zu machen. Dabei ist Utrecht keine Einzelkämpferin. Ihre Partnerschaften und Netzwerke zu anderen Städten ermöglichen einen Erfahrungsaustausch, der allen hilft. Utrecht ist im Netzwerk „Eurocities“ aktiv und bringt sich zur Erfüllung der SDGs ein.

SDG 4: INKLUSIVE, GERECHTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN DES LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN



Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist entscheidend dafür, wie Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Ziele im Leben erreichen können. Ziel der Agenda 2030 ist es, inklusive, gleichberechtigte, hochwertige und lebenslange Bildung für alle zu fördern. Das berührt auch andere Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), etwa die Beseitigung von Ungleichheiten (SDG 10) oder die Entwicklung von nachhaltigen Städten und Gemeinden (SDG 11). In Deutschland spielen die Kommunen dafür eine zentrale Rolle.

GUTE BILDUNG BELEBT DAS DORF

→ UM WAS GEHT ES?

Das Dorf Klixbüll in Schleswig-Holstein hat weniger als 1.000 Bürgerinnen und Bürger. Und es verfügt über erstklassige Bildungseinrichtungen, die auch für die umliegenden Gemeinden attraktiv sind. Auf die örtliche Grundschule gehen derzeit 109 Kinder. 60 Prozent von ihnen kommen aus den umliegenden Ortschaften. Hinzu kommen 50 Kinder, die den Kindergarten in Klixbüll besuchen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Schon vor 20 Jahren hat sich die Schule ein neues pädagogisches Konzept gegeben. 2016 kam mit dem sogenannten „Dörpscampus“ ein Mehrfunktionsgebäude hinzu, das den Ganztags-schulbetrieb erheblich verbessert. Außerdem hat sich der Dörpscampus als Begegnungsstätte im Dorf etabliert, in der auch das Thema lebenslanges Lernen verwirklicht wird: abendliche Vorträge, Ausstellungen oder Konzerte finden hier ebenso statt wie Dorffeste oder Kochkurse.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Der Dörpscampus ist ein Bottom-Up-Projekt: Die Idee kam aus einer Eltern-LehrerInnen-Initiative, die ein Konzept für eine räumliche Veränderung der Schule entwickelt hat. Die Gemeinde hat als Träger der Schule die Vorschläge auf Machbarkeit geprüft, Fördergelder eingesammelt und Grundstücke verkauft, um den Dörpscampus zu finanzieren.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Das Projekt Dörpscampus ist ein voller Erfolg für Schule, Kindergarten und das wieder erweckte Dorfleben. Es fügt sich ein in eine Strategie, die bei politischen Entscheidungen stets die SDGs im Blick hat. Dazu gehört zum Beispiel auch die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien.



Gemeinde Klixbüll
→ Schleswig-Holstein



Bevölkerung:
1.000



Bürgermeister:
Werner Schweizer

KLEINE SCHULE GANZ GROSS

Bildung gibt Menschen die Chance, ihre individuellen Fähigkeiten zu verwirklichen, an der Gesellschaft teilzuhaben und sie mitzugestalten. In der 1000-Einwohner-Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein zeigt sich, dass gute Bildung und Bildungseinrichtungen außerdem das Dorfleben und den Gemeinschaftssinn neu beleben können.

Lange sah es so aus, als würde die Grundschule in Klixbüll das gleiche Schicksal ereilen wie viele andere Grundschulen in ähnlichen Dörfern. „Von unseren Voraussetzungen her sind wir eigentlich schon seit 2003 eine geschlossene Schule“, sagt die Schulleiterin Edeltraud Dahmani mit Blick auf die wenigen Einwohnerinnen und Einwohner im eigentlichen Einzugsgebiet der Schule. Dennoch hat die Schule heute über 100 Schülerinnen und Schüler. 60 Prozent von ihnen kommen nicht aus Klixbüll, sondern aus einem Umkreis von 25 Kilometern.

Mit einem neuen pädagogischen Konzept hat sich die Schule vor 20 Jahren neu aufgestellt: Das Kind im Mittelpunkt aller Lehrbemühungen. Es gibt jahrgangsgemischten Unterricht und einen großen Teil der Schulzeit arbeiten die Kinder in freier Zeiteinteilung. In einem wöchentlich tagenden Schulparlament tragen die Schülerinnen und Schüler wichtige Entscheidungen im Schulalltag mit. In der schuleigenen Tierhaltung (Hühner, Bienen, Schafe), lernen sie den nachhaltigen Umgang mit Tieren. „Jedes Kind will lernen und kann lernen, aber man muss die Kinder auch lernen lassen“, sagt Edeltraud Dahmani. Die pädagogische Neuausrichtung machte die Schule für viele Eltern und Kinder wieder attraktiv.

DIE SCHULE ALS DORFPLATZ

Um dem gerecht zu werden, wurde 2016 der sogenannte Dörpscampus fertiggestellt – ein Multifunktionsgebäude, das die Schule im Hinblick auf den offenen Ganztagsbetrieb braucht: Es bietet eine Mensa für Schule und Kindergarten sowie einen Musikraum, beide können gleichzeitig als Veranstaltungsräume genutzt werden. Und nach dem Schul- und Kindergartenbetrieb wird der Dörpscampus zum „Dorfplatz“. Vereine und Initiativen können ihn für Veranstaltungen nutzen, es gibt klimafreundliche Kochkurse, Vorträge, Konzerte oder ein Repaircafé.



Nachmittags wird der Campus zum Dorfplatz, auf dem vielfältige Kurse und Veranstaltungen stattfinden. (Foto: Werner Schweizer)

Angestoßen wurde das Projekt im Dorf selbst. „Der Dörpscampus ist ein klassisches Bottom-up-Projekt“, sagt Bürgermeister Werner Schweizer. Der sogenannte Klixbüller Kreativkreis, eine Eltern-LehrerInnen-Initiative, hatte erkannt, dass sich die Schule vergrößern musste und ein Konzept erdacht. „Von Anfang an war klar, dass die Erweiterung nicht nur für die Schule, sondern auch für andere Möglichkeiten genutzt werden sollte“, sagt Edeltraud Dahmani. Die Gemeindevertretung hat das Konzept anschließend auf Machbarkeit überprüft und angepasst. Die Entscheidung sei relativ schnell gefallen, sagt Bürgermeister Werner Schweizer. „Bildung ist ein hohes Gut, dafür muss man auch Opfer bringen.“ Finanziert hat die Gemeinde den Campus durch Grundstücksverkäufe und das Einwerben von 350.000 Euro an EU-Fördergeldern.

Der Dörpscampus fügt sich ein in die Strategie der Gemeinde, bei allen Entscheidungen stets die SDGs im Blick zu haben. „Wir fragen uns bei jedem neuen Projekt, welche Ziele wir damit berühren“, erklärt Bürgermeister Werner Schweizer. Beim Dörpscampus sind das einige: Es gibt eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach, vor der Schule befinden sich 6 Parkplätze für E-Fahrzeuge, an denen Lehrkräfte und Kita-Personal kostenfrei laden können, der Strom kommt aus den gemeindeeigenen Windparks. Gemeinsam mit der Beheizung durch vor Ort produziertes Biogas knüpft der Campus damit direkt an die SDGs 7 (bezahlbare und saubere Energie), 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) an. Der Dörpscampus ist damit nicht nur Schule und Begegnungsstätte, sondern auch ein Ort der Nachhaltigkeit.



Eine gerechte und inklusive Gesellschaft räumt allen Menschen die gleichen Rechte und Möglichkeiten ein. Um sie zu erreichen, müssen die Lebensbedingungen von Frauen und Mädchen weltweit deutlich verbessert werden. Geschlechtergleichstellung und die Chance aller, selbst über ihr Leben zu bestimmen, sind fest im SDG 5 verankert. Die Stadt Wien zeigt Ansätze, wie Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen des öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens ebenso erreicht werden kann wie politische Entscheidungsmacht.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IM BUDGET

→ UM WAS GEHT ES?

Wie werden öffentliche Gelder verteilt und wer profitiert in welcher Art von Ausgaben besonders? Diese Fragen werden bei der Verteilung des Budgets der Stadt Wien seit 2005 gestellt. Die Stadt wendet „Gender Budgeting“ an: Bei der Vergabe von Budgetmitteln spielt die Geschlechterdimension eine Rolle, so wird sichergestellt, dass die Ausgaben fair verteilt und damit Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verringert werden.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Im Jahr 2005 beschloss die Wiener Landesregierung die Aufnahme von „Gender Budgeting“. Seitdem gibt es ein Referat, welches in der Abteilung Finanzwesen verankert ist und alle Budgetansätze auf ihre Geschlechterrelevanz hin überprüft. Zugleich wurde 2005 auf Bezirksebene ein Pilotprojekt zum „Gender Budgeting“ gestartet, das bis heute fortgeführt wird.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Die Budgetpolitik der Stadt Wien wurde um die Geschlechterperspektive erweitert, wodurch die vergebenen Haushaltsmittel daraufhin überprüft werden, wie sie sich auf die Geschlechter auswirken. Es wurde und wird evaluiert, wem Mittel zugutekommen, wie die Budgetverteilung auf Geschlechterungleichheiten wirkt und ob eine andere Verteilung einen Beitrag zur Gleichstellung leisten kann.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Aktuell wird der Ansatz des „Gender Budgeting“ sowohl auf Stadtebene als auch im 12. Wiener Gemeindebezirk, Meidling, angewendet. Da kommunalpolitisches Handeln für Menschen vor allem auf Bezirksebene sichtbar wird, wäre die Ausweitung des Ansatzes auf weitere Bezirke erstrebenswert. Hierfür muss allerdings jeder Bezirk zunächst politisch die Umsetzung beschließen. Im Anschluss könnte dann das Referat bei der Weiterentwicklung des Finanzwesens unterstützen



MIT GENDER BUDGETING ZU MEHR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Was „Gender Budgeting“ im Alltag bedeutet, mag sich nicht allen auf den ersten Blick erschließen. Betrachtet man allerdings die Auswirkungen dieses finanzpolitischen Instruments, wird der Nutzen sehr schnell deutlich. Ein Beispiel: Männer standen in öffentlichen Warteräumen vor der Problematik, dass es Wickelmöglichkeiten für ihre Kleinkinder nur auf Frauentoiletten gab. Heute ist das Wickeln in den öffentlichen Einrichtungen der Stadt Wien in Frauen- und Männertoiletten möglich.

Die Zugänglichkeit von Wickelräumen für beide Geschlechter ist eine von vielen Maßnahmen mit der die Stadt Wien die Geschlechterungleichheit bekämpft. Voraussetzung dafür ist, dass Gleichstellung in der Haushaltsführung der Stadt eingeführt wurde. Dieses „Gender Budgeting“ hat neben den Wickelmöglichkeiten auch den „Töchertag“ ermöglicht, an dem Mädchen im Alter zwischen elf und sechzehn Jahren in Unternehmen aus dem handwerklichen, technischen und naturwissenschaftlichen Bereich hineinschnuppern. Außerdem wurden Beratungsstellen errichtet, die Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützen und Frauengesundheit wird gefördert, etwa durch Kampagnen zur Brustkrebsprävention.

MEHRAUFWAND, DER SICH LOHNT

Bereits seit 2005 wird „Gender Budgeting“ in Wien angewandt und ist Bestandteil des ein Jahr zuvor etablierten „Gender Mainstreaming-Ansatzes“, durch den eine geschlechtsbezogene Sichtweise auf allen politischen Ebenen und in allen politischen Entscheidungsprozessen angewendet werden soll. „Wir wollten das in Wien einfach machen, das war uns wichtig“, erklärt Michaela Schatz, Leiterin des Referats Gender Budgeting der Stadt Wien. Der Wiener Finanzstadtrat und die Wiener Frauenstadträtin hatten sich gemeinsam für die Anwendung dieses Instrumentes stark gemacht, dessen Ziel seit 2009 auch als gesetzliche Pflicht in Artikel 13, Absatz 3 der österreichischen Verfassung verankert ist. „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männer anzustreben“, heißt es dort.

Auch auf Bezirksebene fand der Ansatz Anwendung und ist in Wien-Meidling seit 2005 etabliert. „Es ist am Anfang natürlich mit ein bisschen Mehraufwand verbunden, weil



Aktion der Jugendarbeit: Koch- & Handarbeitsaktionen für Jungs
(Foto: JIM/ MA 13)

man Daten erheben und sich mit dem Thema befassen muss, aber durch die Fülle an Maßnahmen mit der man die Bedürfnisse der Menschen besser und zielgenauer erfüllt, erreicht man auch mehr Zufriedenheit im Bezirk“, erklärt Schatz, deren Referat sich auch für „Gender Budgeting“ auf Bezirksebene verantwortlich zeigt.

EINE HARFE FÜR DIE MUSIKSCHULE

In Meidling hat man eine umfangreiche Nutzungsanalyse, auch hinsichtlich der Merkmale Alter, Migrationshintergrund und Einkommensniveau, aller durch den Bezirk steuerbaren Angelegenheiten durchgeführt, um daraus entsprechende Maßnahmen und Ziele formulieren zu können. So wurde nach der Auswertung beispielsweise in der Musikschule Meidling eine Harfe gekauft, weil zuvor weniger von Mädchen bevorzugte Instrumente zur Verfügung standen. Zudem gab es einen verstärkten Ankauf von Büchern, die dem Interessenschwerpunkt von Jungen entsprechen, um die Stadtbüchereien für die männliche Jugend interessanter zu machen.

Was zunächst als Kleinigkeit erscheinen mag, wird in der Vielfalt zu einer klaren Stoßrichtung hin zu einer geschlechtergerechten und solidarischen Gesellschaft, in der Chancen und Möglichkeiten geschlechtsunabhängig gleich verteilt sind und in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das in Wien angewendete „Gender Budgeting“ hat an dieser Entwicklung auf jeden Fall einen Anteil.

SDG 6: VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN



Zum Trinken, zum Waschen, zum Leben. Wasser ist elementar.

Für deutsche Kommunen ist das Unterziel 6.3 zentral, um insbesondere Grundwasserbelastung zu vermeiden und die Abwasserbehandlung sicherzustellen. Für zehn Prozent der Weltbevölkerung jedoch ist das Unterziel 6.1 maßgeblich, nämlich bis 2030 den allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle zu erreichen. Das Thema Wasser ist für die Kommunen Ludwigsburg und Kongoussi in Burkina Faso Gegenstand des partnerschaftlichen Austauschs auf Augenhöhe.

HILFE BEIM ANPASSEN AN DEN KLIMAWANDEL

➔ UM WAS GEHT ES?

Die baden-württembergische Barockstadt Ludwigsburg pflegt zusammen mit dem ost-französischen Montbéliard und der Stadt Kongoussi in Burkina Faso eine Dreieckspartnerschaft. Die Kommunen Ludwigsburg und Kongoussi nehmen zusammen am Projekt „Kommunalen Klimapartnerschaften“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) teil.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Gemeinsam mit den burkinischen Partnern wurde ein Handlungsprogramm entwickelt: Verbessern wollen die Partner vor allem den Zugang zu sauberem Trinkwasser, die hygienische Situation und die landwirtschaftliche Produktivität. Eine wichtige Rolle nimmt daher auch der Uferschutz des wichtigsten Wasserreservoirs der Region, des Bamsees, ein.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Die in der Klimapartnerschaft erarbeiteten Maßnahmen werden unter anderem mithilfe von Fördergeldern der SKEW umgesetzt. Hinzu kamen privaten Spenden, der Unterstützung des Förderkreises Burkina Faso Ludwigsburg e.V. sowie der Stadt Ludwigsburg. So konnten u.a. sechs klimafreundliche solarbetriebene Brunnenanlagen und 80 Latrinen in Kongoussi gebaut werden. Diese verhindern Grundwasserverschmutzung und die Ausbreitungen von Krankheiten.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Im nächsten Schritt sollen Verbesserungen im Energie- und Umweltmanagement sowie eine Optimierung der Wasserversorgung angegangen werden. Dafür ist der Bau von vier weiteren Brunnenanlagen geplant, sowie die Beleuchtung wichtiger Straßenzüge und öffentlicher Plätze mit solarbetriebenen Lampen. Auch die Krankenstationen, Schulen und Gemeinschaftsräume sollen mit Solarenergie ausgestattet werden.



Ludwigsburg



Bevölkerung:
93.000

Bürgermeister:
Matthias Knecht

Kongoussi



Bevölkerung:
68.000

Bürgermeister:
D. Zoromé Niondia

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



DREI PARTNER IM UMGANG MIT DEM KLIMAWANDEL

In der Barockstadt Ludwigsburg hat man Erfahrungen mit Städtepartnerschaften: Bereits 1950 – und damit als erste deutsche Stadt – unterzeichnete Ludwigsburg einen Partnerschaftsvertrag mit dem ost-französischen Montbéliard. Beide Städte wissen, dass eine Partnerschaft auch von einer gemeinsamen Vision lebt.

Den Appell des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler, „Afrika im Kampf gegen Armut, Aids, Umweltzerstörung und Terrorismus nicht alleine zu lassen“ nahmen die Bürgermeister beider Städte zum Anlass, 2006 die sogenannte „Afrika-Deklaration“ zu unterzeichnen. Das Ziel: Hunger, Armut und Analphabetismus in Afrika bekämpfen. So entstand die trilaterale Partnerschaft zwischen Ludwigsburg und der burkinischen Stadt Kongoussi, sowie Montbéliard und der Nachbarstadt Kongoussi, Zimtanga. Um die Zusammenarbeit zwischen den Städten zu koordinieren und die kommunale Entwicklungspolitik öffentlich sichtbar zu machen, wurde 2016 in Ludwigsburg die Koordinierungsstelle Kommunale Entwicklungspolitik, die Saliou Gueye besetzt, geschaffen. Diese Stellen werden seit 2016 über die SKEW aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über einen Zuschuss für Personalressourcen für kommunales entwicklungspolitisches Engagement vergeben.

KONGOSSI SPÜRT DEN KLIMAWANDEL

Kongoussi und Zimtanga liegen im Norden Burkina-Fasos inmitten des Sahelgebietes. In der Region, in der der 30 Quadratkilometer große Bamsee liegt, leben über 80.000 Menschen. Der Bamsee ist eine der größten Wasserreservoirs des Landes und ist Lebensgrundlage dieser Menschen, die ihn für die Bewässerung ihrer Mangofelder und die Viehzucht nutzen. Neben der zunehmenden Trockenheit macht vor allem die Unregelmäßigkeit der Niederschläge der landwirtschaftlichen Produktion und damit der wirtschaftlichen Lage der Haushalte in der Region zu schaffen. Während auch hier der Klimaschutz eine wichtige Rolle spielt, steht vielmehr Anpassung an die Folgen der vom Menschen verursachten Klimaerwärmung im Vordergrund.

Der Klimawandel ist im und um den Bamsee bereits spürbar. „In der Region nehmen Dürren zu und es regnet seltener, dafür aber extremer. Folgen große Niederschläge auf lange Trockenphasen, wird fruchtbarer Boden weggeschwemmt“,



Delegationsreise Förderkreis Burkina Faso/Stadt Ludwigsburg im Januar 2018 nach Kongoussi (Foto: Jochen Faber)

sagt Saliou Gueye. Diese Bodenerosion habe wiederum weitere Auswirkungen auf die Landwirtschaft vor Ort. Es ist ein Teufelskreis: Zu wenig Niederschläge führen zu Ernteausfällen, die Bauern entnehmen dem Bamsee mehr Wasser und die extremeren Gewitterregen tragen aufgrund der fehlenden Ufervegetation Sand in den See. Dieser verheerende Kreislauf droht zur Austrocknung des Sees zu führen.

3.000 BÄUME FÜR KONGOSSI

Weil der Klimawandel somit direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen hat, konzentriert sich die Partnerschaft seit 2014 auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Der burkinische Verein Association Zood Nooma gemeinsam mit der Kommune Kongoussi und der Koordinierungsstelle in Ludwigsburg haben daher konkrete Ziele zur Verbesserung festgelegt. Dazu gehören Verbesserung bei dem Zugang zu sauberem Trinkwasser, der hygienischen Situation sowie der landwirtschaftlichen Produktivität. Hierzu wurden mit Geldern des Förderkreises Burkina Faso und der Stadt Ludwigsburg sowie mit Unterstützung durch die von der SKEW vergebenen BMZ-Gelder, sechs solarbetriebene Brunnenanlagen und 80 Latrinen eingerichtet. Mittels dieser können Grundwasserverschmutzung und Ausbreitungen von Krankheiten verhindert und aus den Fäkalien sogar Dünger gewonnen werden.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist zudem der Uferschutz des Bamsees. Am westlichen Ufer wurden hier auf 10,5 km Länge 3.000 Bäume gepflanzt, um die Uferzone zu schützen und den Sandeintrag in den See zu verringern. Montbéliard bepflanzt das gegenüberliegende Ufer. So wird die gemeinsame Vision der Partnerstädte hoffentlich noch für künftige Generationen sichtbar und hilfreich sein.

SDG 7: ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN



Verlässliche und nachhaltige Energie für alle zugänglich zu machen, lautet das Ziel der Vereinten Nationen. Denn der aktuell hohe Verbrauch endlicher fossiler Ressourcen verursacht enorme Schäden an der Umwelt. Im Rahmen des SDG 7 strebt die Staatengemeinschaft bis zum Jahr 2030 eine deutliche Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am globalen Energiemix an. Außerdem gilt es, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz zu verdoppeln.

BIOENERGIEDORF SCHLÖBEN

➔ UM WAS GEHT ES?

Die thüringische Gemeinde Schlöben ist seit 2012 „Bioenergiedorf“. Eine Biogasanlage versorgt 187 Haushalte mit Wärme. Die Versorgung ist genossenschaftlich organisiert: Alle Wärmenetzkunden sind Mitglieder, inklusive der Gemeinde Schlöben selbst, der Agrar-genossenschaft, die die Biogasanlage betreibt, dem AWO Kreisverband sowie dem Landkreis des Saale Holzlandes.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Ein Schlöbener Agrarunternehmen, eine Milchviehanlage, plante 2006 den Bau einer Biogasanlage auf seinem Gelände. Bürgermeister Hans-Peter Perschke sah die Chance, die Gemeinde auf diese Weise mit grüner Energie zu versorgen. Seit 2012 produziert die Biogasanlage nun Wärme und Warmwasser für die Haushalte. Zugleich wurde ein modernes Glasfasernetz verlegt, das die Haushalte mit schnellem Internet versorgt.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Nach einem Gemeinderatsbeschluss begann 2007 die Arbeit am Zukunftsmodell „Bioenergiedorf“. 2009 wurde eine Genossenschaft gegründet, um die Energieversorgung in Bürgerhand zu legen. Um die Infrastruktur zu bauen, brauchte die Gemeinde die Beiträge der Genossenschaftsmitglieder, außerdem bekam sie finanzielle Unterstützung aus dem damaligen Thüringer Umweltministerium und gewann einen Wettbewerb des Bundeswirtschaftsministeriums zur Förderung des Breitbandausbaus.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Die Gemeinde will weiter investieren und weitere Ortsteile an das Wärmenetz anschließen. Ziel ist es außerdem, 100 Prozent der Wärme zu nutzen. Man sei aber schon nah dran, sagt Bürgermeister Hans-Peter Perschke. Zudem erzeugt die Gemeinde über Solaranlagen bereits erneuerbaren Strom und will das weiter ausbauen. Und sie will die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und Kita verstärken.





GRÜNE WÄRME UND EINE GENOSSENSCHAFT

Den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. So lautet das SDG 7 der Vereinten Nationen. Und in der thüringischen Gemeinde Schlöben wird kräftig an der Verwirklichung dieses Ziels gearbeitet. 2006 machte sich die Kommune auf den Weg zum Bioenergieort, 2012 war eine Biogasanlage gebaut, die Leitung verlegt und 187 Haushalte am Wärmenetz angeschlossen.

Aber der Reihe nach: In Schlöben gibt es eine große Milchviehwirtschaft. Dieses Agrarunternehmen beginnt 2006 mit der Planung einer Biogasanlage. Bürgermeister Hans-Peter Perschke sieht darin eine Chance, grüne Energie für die Schlöbener Haushalte zu gewinnen. Gemeinsam mit dem Agrarunternehmer machte er sich deshalb auf ins niedersächsische Jühnde, Deutschlands erstes Bioenergieort. Anfang 2007 beschließt der Gemeinderat, Schlöben zum Bioenergieort zu machen. Arbeitsgruppen werden gegründet und die Kommune beginnt mit der Überzeugungsarbeit, will alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen auf dem Weg zum Bioenergieort.

WÄRMENETZ IN BÜRGERHAND

Sie sollen nicht nur überzeugt sein, sondern sich auf finanziell beteiligen, denn die Gemeinde plant ein Genossenschaftsmodell: Wer Wärme abnimmt, muss Genossenschaftsmitglied sein, vier Anteile à 500 Euro kaufen. So gibt es keine Einmischung von außen. „Das hielten wir für das Demokratischste“, sagt Bürgermeister Hans-Peter Perschke. 80 Mitglieder hat die Genossenschaft 2010, heute sind es 110, alle besitzen ein Grundstück. Zudem bekommt die Gemeinde Fördermittel zum Nahwärmeausbau des damaligen Thüringer Umweltministeriums. Heute fördert das Thüringer Ministerium für Umwelt Energie und Naturschutz mit einem passgenauen neuen Förderprogramm den Nahwärmeausbau.

2012 sind 187 Haushalte an das neue Nahwärmenetz angeschlossen – zwei Ortsteile von Schlöben. Und wo die Erde schon mal aufgegraben wurde, hat Schlöben auch moderne Glasfaserkabel verlegt. Die Finanzierung dafür kam aus einem Wettbewerb des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema Breitbandinternet, den die Gemeinde gewonnen hat.



Überzeugungsarbeit: Alle auf dem Weg zum Bioenergieort mitnehmen (Foto: Gemeinde Schlöben)

Die Haushalte werden nun mit Wärme und Warmwasser versorgt und genießen schnelle Internetverbindung. Auch die örtliche Kita und die Grundschule werden mit Wärme aus erneuerbarer Energie versorgt.

Die Biogasanlage steht auf dem Gelände des Agrarunternehmens, das auch der Rohstofflieferant für die Anlage ist. Zudem gibt es eine Hackschnitzel-Anlage: Im Winter wird zugeheizt, im Sommer reicht die Leistung der Biogasanlage. Die Hackschnitzel verkauft die Gemeinde an die Genossenschaft Bioenergieort. „Lokale Wertschöpfung ist ein Hauptthema bei uns“, sagt Hans-Peter Perschke. Alle nötigen Rohstoffe kommen aus einem Umkreis von sieben bis acht Kilometern. Die Gemeinde Schlöben besteht aus 600 Haushalten und produziert Energie für 2000. Ihre Überschüsse speist sie ins öffentliche Netz ein. Zudem spart die Gemeinde jährlich 200.000 Tonnen CO₂ ein. Fast 100 Prozent der produzierten Wärme werden genutzt, trotzdem will Schlöben noch effizienter werden. Und die Gemeinde will die bereits vorhandenen Solaranlagen ausbauen, um mehr grünen Strom zu gewinnen.

Die Genossenschaftsmitglieder sind zufrieden, der Wärmepreis ist von Tag eins an gleich geblieben, ein Kleinunternehmen im Ort kümmert sich um die Wartung der Heizung – eine Art Rundumsorglospaket. Aber das Engagement hat sich für alle gelohnt: Das Agrarunternehmen ist der größte Gewerbesteuerzahler und inzwischen zahlt auch die Genossenschaft Bioenergieort Gewerbesteuer. Ein nächstes wichtiges Vorhaben ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Kita und Schule zu stärken.



Ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fußt auf einer menschenwürdigen Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine sichere Arbeitsumgebung zu schaffen, insbesondere auch für Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, und die Wahrung ihrer Arbeitnehmerrechte sicherzustellen, ist Ziel des SDG 8. Es beinhaltet auch die Abschaffung von Zwangsarbeit, moderner Sklaverei und Menschenhandel sowie jeder Form von Kinderarbeit bis zum Jahr 2025.

UMWELTFREUNDLICH UND FAIR KONSUMIEREN

→ UM WAS GEHT ES?

SDG 8 ist nur erreichbar, wenn es ein Umdenken im Konsumverhalten der Menschen gibt. Hier geht die Stadt Karlsruhe mit gutem Beispiel voran: Bereits 2006 setzte sich der Gemeinderat zum Ziel, bei der Beschaffung städtischer Produkte Umweltfreundlichkeit und faire Herstellungsbedingungen zu bevorzugen und Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszuschließen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

2008 wurde der Auftrag zur Beschaffung fair gehandelter und umweltverträglicher Waren in den Vergabedienstansweisungen konkretisiert. Um herauszufinden, welche Faktoren die Umsetzung begünstigen, aber auch welche Hemmnisse bestehen, wurde 2015 ein Beschaffungsbericht auf Basis einer Umfrage bei allen Dienststellen und Gesellschaften erstellt. Dieser Bericht stellt die bis 2015 erreichten Erfolge dar und gibt Handlungsempfehlungen für das weitere Vorgehen.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Mit unterschiedlichen Maßnahmen wie Gemeinderatsbeschlüssen, Dienstansweisungen, Informationsveranstaltungen, Handlungskonzepten und einer Informationsplattform für die Beschaffenden, wurde zunächst eine Basis geschaffen, um die nachhaltige Beschaffung zu erleichtern. Durch das Einrichten einer zentralen Einkaufsabteilung, die sich um die nachhaltige Qualität der Rahmenverträge kümmerte, konnte auch die Zahl der Produktgruppen, die nachhaltig beschafft werden, gesteigert werden.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Beschaffenden werden über die Änderungen aufgeklärt, die mit der seit 2018 gültigen Vergaberechtsreform einhergehen. Dadurch soll Rechtssicherheit bei der Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien erreicht werden, die in Workshops vermittelt wird. Künftig soll es neben einer überarbeiteten Liste von Gütezeichen und rechtssicheren Formulierungsvorschlägen auch Verbesserungen im Bereich der Beschaffung von Textilien und Aktionen zu fair gehandeltem Kaffee im Mehrwegbecher geben.



FÜR EINEN KONSUM OHNE KINDERARBEIT

Es fängt mit Kaffee, Tee, Zucker und Obst an. Inzwischen sind es Grabsteine, Feuerwehrschutzkleidung, Pflastersteine, Schnittblumen, Fußbälle, Präsentkörbe und demnächst auch weitere Textilien: Die Liste jener Produkte, die Karlsruhe nachhaltig beschafft, wird immer länger. Das liegt vor allem daran, dass sich die Karlsruher Verwaltung schon sehr lange mit dem Thema nachhaltige Beschaffung auseinandersetzt und über einen großen Erfahrungsschatz beim Erwerb nachhaltiger, fairer und umweltfreundlicher Produkte verfügt.

Das Thema faire Beschaffung hat eine lange Tradition, die weit vor der Verabschiedung der Agenda 2030 beginnt. Bereits im Februar 2006 diskutierte der Karlsruher Gemeinderat das erste Mal über Zielsetzungen, die sich heute im SDG 8.7 wiederfinden. Dazu gehört u.a. die Abschaffung von Kinderarbeit, Sklaverei und Menschenhandel. 2008 folgte ein Gemeinderatsbeschluss, dieses Ziel durch den bevorzugten Kauf von umweltverträglichen und fair gehandelten Waren und dem Ausschluss von Kinderarbeit für die städtische Beschaffung zu erreichen. Dieses Anliegen wurde in einem weiteren Schritt in den Formulierungen der Vergabe-Dienstanweisungen konkretisiert.

Dadurch wurde sichergestellt, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit von der Beschaffung ausgeschlossen werden. Auch die städtische Friedhofssatzung wurde entsprechend geändert. Seit 2013 sind die Grabsteine auf den Karlsruher Friedhöfen nachweislich und ausschließlich ohne Kinderarbeit hergestellt. 2017 unterzeichnete die Stadt Karlsruhe, die bereits seit 2010 den Titel „Fairtrade-Town“ trägt, die Musterresolution des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zur Unterstützung der Agenda 2030.

GROSSE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE BESCHAFFENDEN

„Durch mehrere Evaluierungen und Umfragen innerhalb der Stadtverwaltungen haben wir in Karlsruhe festgestellt, dass es vor allem Rechtsunsicherheiten sind, die unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die nachhaltige und faire Beschaffung erschweren“, erklärt Bürgermeisterin Bettina Lisbach, Umweltdezernentin der Stadt Karlsruhe. Durch die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle und einer Einkaufsabteilung, die sich um die Einbindung der Produkte in qualifizierte Rahmenverträge im Sinne der Nachhaltigkeit kümmert und



Schutzbekleidung der Branddirektion (Foto: Stadt Karlsruhe)

die Rechtssicherheit von Formulierungen in Ausschreibungen überprüfe, werden diese Hemmnisse abgebaut, so Lisbach.

Zugleich wurde im Intranet der Stadt eine Informationsplattform geschaffen, die über die Beschaffung informiert. Durch Fortbildungen, Workshops, die Entwicklung von Textbausteinen, eine Gütezeichen-Liste sowie Informationen über Angebote wie den „Kompass Nachhaltigkeit“ (www.kompass-nachhaltigkeit.de) soll erreicht werden, dass öko-faire Produkte gegenüber konventionell gehandelten bei der Vergabe bevorzugt werden.

KONSUMVERHALTEN BEREITS IN DER SCHULE ÄNDERN

Da neben Veränderungen in der städtischen Vergabepaxis ein generelles Umdenken im Konsumverhalten angestrebt wird, unterstützt die Stadt auch andere Projekte im Kontext der Agenda 2030. So beteiligt die Stadt sich seit 2009 am Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“, erhielt 2017 auch einen Sonderpreis. Außerdem gibt es einen Nachhaltigkeitstag und die Stadt verleiht jährlich den Nachhaltigkeitspreis „Grünen Pyramide“ für herausragendes Engagement in Schulen. Damit werden Aktivitäten der Bildungsarbeit ausgezeichnet, die auch der Umsetzung der SDGs dienen, sei es durch die Verwendung von umweltfreundlichen Schulmaterialien oder durch die Vermeidung von Speiseabfällen bei der Mittagsverpflegung.

So tragen in Karlsruhe alle – von den Schülerinnen und Schülern, über Eltern bis hin zur Verwaltung dazu bei, dass hier das Bewusstsein dafür wächst, wie man nachhaltiger leben, arbeiten und konsumieren kann.

SDG 9: EINE BELASTBARE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN



Damit sich ein florierender Wirtschaftsmarkt entwickeln kann, benötigt er eine belastbare Infrastruktur. Für deren Ausbau zu sorgen und dabei gleichzeitig eine nachhaltige und soziale Industrialisierung zu unterstützen ist besonders für Deutschland ein wichtiger Punkt bei der Umsetzung der Agenda 2030. Da es für diese umfangreichen Herausforderungen neuer nachhaltiger Technologien und Herangehensweisen bedarf, ist auch die Förderung von Innovationen zentral. Hier lohnt ein Blick auf einen spannenden Ansatz aus Italien.

SPIELERISCH CO₂ SPAREN

→ UM WAS GEHT ES?

Wie bekommt man Menschen dazu sich nachhaltig fortzubewegen? In dem man aus der Nutzung des Nahverkehrs und des Fahrrads einen spielerischen Wettbewerb macht, lautet die Antwort aus Bologna. Mit der App „Bella Mossa“ will die italienische Stadt ein Umdenken im Nahverkehr erreichen. Der Stadtplaner Marco Amadori entwickelte die mobile Applikation bei der man Punkte erwirbt, wenn man sich für nachhaltige Transportmittel entscheidet.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Nachhaltige Verkehrserziehung mithilfe einer mobilen Spiele-App, das ist der Ansatz von „Bella Mossa“. Die Teilnehmenden, vor allem Berufspendlerinnen und -pendler, erhalten sogenannte „Mobilitätspunkte“, wenn sie auf das Auto verzichten. Mit diesen Punkten erhalten sie bei lokalen Unternehmen oder auch großen Supermarktketten Vergünstigungen.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

15.000 Bürgerinnen und Bürger haben bei dem sechsmonatigen Pilotprojekt ihre Wege per App erfasst. Dabei wurden 3,7 Millionen Kilometer nachhaltige Wegstrecke erfasst, was der Größenordnung von 93 Mal rund um die Welt entspricht. Rund 700 Tonnen potentieller CO₂-Ausstoß wurde so eingespart, weil auf das Auto verzichtet wurde. Dabei wurden 350.000 Wege per Fuß zurückgelegt und 1,3 Millionen Kilometer per Zug bewältigt.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Bei einer Befragung der Nutzerinnen und Nutzer der App gaben 73 Prozent an, ihr Auto aufgrund der Teilnahme an „Bella Mossa“ häufiger stehen gelassen zu haben. 64 Prozent erklärten, dass Sie eine höhere Akzeptanz für Bus und Bahn entwickelt haben und für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs sensibilisiert wurden. Aufgrund der guten Rückmeldungen auch innerhalb der Bevölkerung wurde das Handyspiel im Jahr drauf noch einmal aufgelegt. Derzeit sind die Planer im Austausch mit anderen Städten, die ein ähnliches Konzept starten möchten.



Bologna
→ Italien



Bevölkerung:
389.000



Bürgermeister:
Virginio Merola

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



„BELLA MOSSA“ – PER SPIELE-APP ZUM NEUEN VERKEHRSBEWUSSTSEIN

Wie bekommt man Menschen dazu ihr Auto stehen zu lassen? Zum Beispiel indem man ihr Engagement mit einer kleinen Gegenleistung honoriert. So der Ansatz der italienischen Stadt Bologna. In der Universitätsstadt kommen auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner sechzig Autos, viele davon alt und umweltschädlich. Um die Luftverschmutzung zu verringern und ein neues, nachhaltigeres Verkehrsbewusstsein in den Köpfen zu verankern, entwickelte der Stadtplaner Marco Amadori die Handyapp „Bella Mossa“ – das übersetzt so viel bedeutet wie „gut gemacht“ oder „feiner Zug“.

Und genau diese lobende Grundhaltung liegt der mobilen Applikation, die aufgebaut ist wie ein Handyspiel, zugrunde, erklärt Amadori: „Wenn wir den Menschen vorschreiben, ihr Auto zu einer bestimmten Zeit nicht zu nutzen, beschweren sie sich. Das ist kein guter Ansatz. Wir haben diesen in einen positiven, Anreiz schaffenden Ansatz geändert. Das wurde von den Menschen gut angenommen und die Teilnehmerzahlen beweisen das. Es war ein großer Erfolg“.

DEN KINO-EINTRITT KANN MAN SICH ERSTRAMPeln

15.000 aktive Nutzerinnen und Nutzer der App ließen ihre Wege in der sechsmonatigen Pilotphase, von April bis Oktober 2017, mit dem Handy mittels GPS erfassen. Für ihren Verzicht aufs Auto und die Wahl eines nachhaltigen Verkehrsmittels erhielten sie „Mobilitätspunkte“. Diese Punkte konnten dann bei 85 teilnehmenden Geschäften, die durch eine Public-Private-Partnership eingebunden waren, eingelöst werden. Die App-Nutzerinnen und App-Nutzer erhielten im Gegenzug Rabatte, Gutscheine, einen kostenlosen Spa-Eintritt oder ein Kinoticket. Körperliche Aktivitäten, oder die Teilnahme an speziellen nachhaltigen Events in der Umgebung Bolognas gaben Extrapunkte.

DIE BESTENLISTE ERHÖHT DEN ANREIZ

Besonders erfolgreich wurde „Bella Mossa“ von teilnehmenden Firmen genutzt. Da über 40 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Bolognas ihr Auto für den Arbeitsweg



Aufs Auto verzichten – die Handy-App „Bella Mossa“ schafft Anreize. (Foto: Stadt Bologna)

nutzen, baten Amadori und sein Team große Firmen um Unterstützung. Diese regten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Veröffentlichung einer Bestenliste zusätzlich zum Umstieg auf Bus, Bahn oder Fahrrad an. Auch die Unternehmen traten gegeneinander an. „Die Teilnehmer von Firmen erarbeiteten doppelt so viel Mobilitätspunkte wie der Durchschnitt“, erklärt Amadori. Zum Abschluss wurden die nachhaltigsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezeichnet. Auch das Projekt selbst wurde für seinen Ansatz, die städtische Umgebung als Spielfläche zu nutzen, mit dem von der europäischen Kommission verliehenen CIVITAS-Award in der Kategorie „kühne Maßnahme“ ausgezeichnet.

Und diese Kühnheit führt zum Erfolg: Mit rund 3,7 Millionen nachhaltigen Streckenkilometern und der Vermeidung von 700 Tonnen potentiell CO₂-Ausstoß wurde das Ziel der App, die nachhaltige Mobilität zu fördern, erreicht. Aufgrund des großen Erfolgs wurde das Projekt 2018 mit ähnlichen Ergebnissen von rund 4 Millionen nachhaltigen Kilometern wiederholt. Hierbei wurden Schulklassen noch stärker eingebunden und Bolognas Schulen traten per Bestenliste gegeneinander an.



Die Bekämpfung von Armut hängt wesentlich davon ab, wie wir die Schere zwischen Arm und Reich schließen können.

Nach aktuellen Berechnungen von Oxfam (2019) verfügen 26 Personen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Kommunen können mit der Gestaltung ihrer Sozial-, Wohnungs- oder auch Beschaffungspolitik die Rahmenbedingungen für mehr Zusammenhalt und Gerechtigkeit schaffen. Die Stadt Reinbek leistet auf ihre Weise auf kommunaler Ebene einen Beitrag zur Umsetzung des UN Nachhaltigkeitsziels 10.

NACHHALTIG GEGEN UNGLEICHHEIT

➔ UM WAS GEHT ES?

Der Sozial- und Schulausschuss der Stadt Reinbek hat im April 2019 beschlossen, einen Armutsbericht für die Stadt Reinbek zu erstellen. Als Grundlage dient die Agenda 2030. Der Armutsbericht greift neben der lokalen Perspektive auch Wechselwirkungen der Stadt Reinbek auf globaler Ebene auf. Die Stadt nimmt dabei zur Kenntnis, dass ein Bericht zum Thema Armut nicht aus einer räumlich begrenzten und rein sektoralen Sichtweise erstellt werden kann. Es müssen vielmehr ökologische, wirtschaftliche und soziale Fragestellungen vor Ort und global zusammenfließen.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Es wurde ein Prozess umgesetzt, der zum Ziel hatte, einen Armutsbericht unter Beteiligung wichtiger kommunaler Akteurinnen und Akteure zu erstellen. Der Prozess wurde von der SKEW im Rahmen des Projekts Global Nachhaltige Kommune Schleswig-Holstein begleitet.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Fünf Workshops widmeten sich den Themen Armut und Ungleichheit in Reinbek. Für die methodische Herangehensweise nutzte man solche SDGs, die einen starken Bezug zu sozialen Themen haben, wie z.B. SDG 1 „Keine Armut“ und auch SDG 10. Eine qualitative und quantitative Bestandsaufnahme führte Daten und Aktivitäten der Stadt zusammen. Sie diente als Grundlage für die Diskussion sowie für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung. Die Beteiligung der Stakeholder garantierte die Abbildung unterschiedlicher Perspektiven im Armutsbericht.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Der Reinbeker Armutsbericht wird im Frühjahr 2020 veröffentlicht. Im Sozial- und Schulausschuss werden die Fazits und die Handlungsempfehlungen von Vertreterinnen und Vertretern der Parteien diskutiert. Über eine gemeinsame Verständigung zwischen Politik und Verwaltung sollen konkrete Planungen für die Verbesserung der Armutssituation aber auch in der Beschaffung als globale Verantwortung angestoßen werden. Zudem strebt die Stadt ein jährliches Sozialmonitoring und eine fortlaufende Berichterstattung an.





REINBEK MACHT SICH DIE NACHHALTIGKEITZIELE ZU EIGEN

Reinbek nimmt seine Verantwortung als Kommune wahr und initiierte die Entwicklung des Armutsberichts vor dem Hintergrund der UN Nachhaltigkeitsziele. Und dies unter aktiver und reger Teilnahme der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Damit macht sich die Stadt die 17 Ziele als Methodik zu Eigen und leistet einen aktiven Beitrag zu ihrer Umsetzung. Reinbek gehört damit zu den ersten Kommunen in Deutschland, die die Nachhaltigkeitsziele für die explizite Untersuchung der Armutssituation anwendet und nutzbar macht.

DATEN, ANALYSE UND EMPFEHLUNG

Mithilfe einer quantitativen und qualitativen Bestandsaufnahme entlang der SDGs wurde eine Grundlage zur Erstellung des Berichts geschaffen. Wie bei den SDGs legte auch der Reinbeker Armutsbericht Wert auf die Prämisse „Leave no one behind“. So wurde der Bericht neben lokalen Themen auch der globalen Verantwortung Reinbecks gerecht und stellt Informationen und Empfehlungen zum Thema Partnerschaften und faire Beschaffung zusammen. Für die quantitative Erhebung nutzt die Stadt statistische Daten aus dem „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung, den Landes- und Statistikämtern und der Reinbeker Verwaltung. Für die qualitative Erhebung griff man auf Dokumente, Unterlagen sowie die Zuarbeit der Verwaltung und der Stakeholder in Reinbek zurück und fragte konkret, was Reinbek zur Verringerung der Armutssituation bzw. des Armutsrisikos in einem sektorübergreifenden Ansatz beiträgt. Dem SDG 10 kam im Bericht eine Querschnittsfunktion zuteil und wurde insbesondere zusammen mit SDG 5 Gleichstellung thematisiert. So wird u.a. empfohlen, die Frage nach „Frauen in Führungspositionen“ in der Verwaltung stärker zu thematisieren, aber auch Themen der Kinderbetreuung bei der Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die SKEW unterstützte im Rahmen des Projekts GNK Schleswig-Holstein mit der Moderation der Workshops, die Durchführung der Bestandsaufnahme sowie durch inhaltliche Begleitung bei der Berichterstellung.



Das Schloss Reinbek ist das älteste Gebäude und Wahrzeichen der Stadt Reinbek. (Foto: Carsten Neff/NEWS & ART)

HANDELN UND DENKEN

„Mit diesem umfassenden Ansatz durch die UN Nachhaltigkeitsziele konnten die Zielkonflikte deutlich herausgearbeitet werden. Also wie sieht es mit Wohnen in unserer Stadt aus und wie trägt das Handeln der Stadt zur Marginalisierung bestimmter Gesellschaftsgruppen bei? Wie sieht es eigentlich mit der ungleich verteilten Kaufkraft in unserer Stadt aus oder unter welchen Kriterien beschafft die Stadt ihre Produkte?“ sagt Torsten Christ, Leiter Amt für Bürgerangelegenheiten. Von Anfang an war erklärtes Ziel, dass der Prozess auf die Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen abzielen soll, die umgesetzt und in konkretes Handeln überführt werden. Zur Priorisierung der Ideen und Projekte aus der Befassung mit den Zielen haben insbesondere die Ziele eine Relevanz, die die Marginalisierung und das Armutsrisiko von bestimmten Bevölkerungsgruppen wie Kindern, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Migrationsbiografie adressieren bzw. dem entgegenwirken. Zudem stellt sich Reinbek seiner globalen Verantwortung und überdenkt seine Beschaffungspraxis. „Die gesamte Vorgehensweise hat bei uns in der Verwaltung eine neue Denkweise implementiert, wir denken zusammen und themenübergreifend und überlegen uns im Verwaltungshandeln, ob wir damit einen positiven Beitrag zur Erreichung der globalen UN Nachhaltigkeitsziele leisten“, sagt Torsten Christ.

SDG 11: STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN



Schon heute leben weltweit mehr als 50 Prozent der Bevölkerung in urbanen Zentren. Städte sind für 80 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich und nehmen 75 Prozent der natürlichen Ressourcen in Anspruch. Ob nachhaltige Entwicklung vorankommt, entscheidet sich deshalb nicht zuletzt in unseren Städten. Dazu gehört, dass bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestaltet wird (SDG 11.3). Auch die Entwicklung von entsprechenden Strategien ist ein wichtiges Unterziel (SDG 11.b).

GEMEINSAM ZU MEHR NACHHALTIGKEIT

→ UM WAS GEHT ES?

Im Rahmen des Modellprojekts Global Nachhaltige Kommune (GNK) NRW hat die Stadt Solingen eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Die Strategie umfasst dabei klar definierte Ziele ebenso wie ein erstes Maßnahmenprogramm zur Erreichung dieser Vorhaben. Der Stadtrat hat die Strategie im September 2018 einstimmig beschlossen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde in einem zweijährigen Dialogprozess erarbeitet. Federführend dabei war neben der Projektkoordination im Büro des Oberbürgermeisters ein verwaltungsübergreifendes Kernteam – besetzt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Ressorts sowie den großen städtischen Betrieben. Das Team stand in engem Austausch mit der Steuerungsgruppe „Global Nachhaltige Kommune“ – ein regelmäßig tagender Lenkungskreis bestehend aus rund 30 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Am Anfang gab es eine Bestandsaufnahme der bestehenden Maßnahmen mit Bezug zur nachhaltigen Entwicklung. Insgesamt hat die Stadt 6 Themenfelder ausgewählt, in denen sie strategische und konkrete operative Ziele definiert hat. Bei jedem Schritt wurden auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt: Auf drei großen Nachhaltigkeitskonferenzen konnten jeweils 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt an der Erarbeitung der Strategie mitwirken.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Stadt Solingen betrachtet ihre Nachhaltigkeitsstrategie als fortlaufenden Prozess. In der jetzt begonnenen Umsetzungsphase geht es auch darum, die einzelnen Maßnahmen zu überprüfen und anzupassen – oder weitere anzustoßen. Die Struktur aus Kernteam in der Verwaltung und der Steuerungsgruppe ist dauerhaft angelegt und begleitet den Prozess fortlaufend. Auch der intensive Dialog und die aktive Zusammenarbeit mit Stadt und Zivilgesellschaft werden fortgesetzt.





NACHHALTIGKEIT BRAUCHT STRATEGIE

Die Agenda 2030 hatte von Beginn an eine starke lokale Komponente. Das Städteziel 11, also die Entwicklung nachhaltiger Städte und Gemeinden zu fördern (SDG 11) greift die Herausforderungen auf, die mit der weltweiten Urbanisierung einhergehen.

Die Stadt Solingen verfolgt seit September 2018 eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, die sie nach einem zweijährigen Dialogprozess beschlossen hat. Sie soll die globale Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf die Stadt Solingen übersetzen. Und dabei alle beteiligten Akteure mitnehmen: Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger. Aber wie geht eine Stadt wie Solingen so einen Prozess an? „Vor allem mit politischem Willen und intensivem Einbezug vieler Interessierter aus Stadt- und Zivilgesellschaft“, sagt Ariane Bischoff, Leiterin des Strategiebereichs Nachhaltige Entwicklung der Stadt Solingen. Und mit Unterstützung von außen: Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21 NRW) und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) haben die Stadt im Rahmen des Modellprojektes Global Nachhaltige Kommune (GNK) NRW beraten und unterstützt.

Ein Kernteam innerhalb Verwaltung – besetzt mit Mitarbeitenden sämtlicher Verwaltungsressorts und der großen städtischen Betriebe – hat den Prozess angestoßen und gesteuert. Es stand dabei in enger Abstimmung mit einer verwaltungsexternen Steuerungsgruppe. Hier versammelten sich rund 30 Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Jugendorganisationen sowie Wissenschaft und Politik.

Am Anfang stand eine Bestandsaufnahme: Wie ist die Stadt in Sachen Nachhaltigkeit bisher aufgestellt? Gefolgt von der Frage nach dem Ziel: Worauf wollen wir uns beim Thema Nachhaltige Entwicklung konzentrieren? Dabei wurden sechs vorrangige Themenfelder ausgemacht: Gesellschaftliche Teilhabe, natürliche Ressourcen und Umwelt, Klima und Energie, Mobilität, Arbeit und Wirtschaft sowie Globale Verantwortung und kommunale Entwicklungspolitik. Über die Themenfelder wird auch ein direkter Bezug zu fast allen 17 SDGs der Vereinten Nationen hergestellt. Und gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hat die Stadt geklärt, wie sie sich in Zukunft in diesen Themenfeldern ausrichten will. Auf



Nachhaltigkeitskonferenz: Bürgerinnen und Bürger erarbeiten die Strategie der Stadt Solingen mit. (Foto: C. Schick)

drei großen Nachhaltigkeitskonferenzen haben sich jeweils 200 Bürgerinnen und Bürger direkt eingebracht und sowohl bei der Formulierung konkreter Ziele mitgewirkt als auch bei der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen. Am Ende des Dialogprozesses standen 56 operative Ziele: So soll zum Beispiel der Radverkehrsanteil bis 2023 von 4 Prozent (2015) auf 10 Prozent steigen. Die Arbeitslosenquote soll bis 2022 auf 7,5 Prozent sinken (Stand Mai 2017 8,8 Prozent). Und die Anzahl der Schulen, die als „Schule ohne Rassismus“ zertifiziert sind, soll sich bis 2020 verdoppeln. „Es ist wichtig, dass man konkrete Ziele definiert, sonst fehlt die wegweisende Orientierung und man hat am Ende viele Einzelprojekte, die einen im Gesamtprozess nicht weiterbringen“, betont Ariane Bischoff. Ein Maßnahmenkatalog zeigt die ersten Etappen des Weges auf und ermöglicht es, diese in Angriff zu nehmen.

Der Rat der Stadt Solingen hat die Strategie und das Maßnahmenprogramm im September 2018 einstimmig beschlossen. Nachhaltigkeit sei ein dauerhafter Prozess, sagt Ariane Bischoff. „Wir wollen ihn weiter vorantreiben und dazu noch deutlicher kommunizieren, wie auch der oder die Einzelne mitwirken kann.“ Politisch sind die Grundlagen gelegt. Der Stadtrat hat auch die Einführung einer Nachhaltigkeits-einschätzung beschlossen. Künftig sollen damit bei jedem Beschluss des Rates und seiner Ausschüsse auch die Auswirkungen auf die Ziele der Strategie berücksichtigt werden. Auch die Struktur aus verwaltungsübergreifendem Kernteam und der Steuerungsgruppe sind dauerhaft angelegt. „Sie werden den Prozess weiter begleiten und das große Ganze im Blick behalten“, sagt Ariane Bischoff.

SDG 12: NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER SICHERSTELLEN



Mit dem SDG 12 liefern die Vereinten Nationen eine ideale Grundlage für Kommunen, ihre Konsum- und Produktionsweisen nachhaltig auszurichten. Eine nachhaltige Produktion fokussiert sich in der gesamten Wertschöpfungskette auf einen möglichst effizienten Einsatz natürlicher Ressourcen und der Einhaltung von fairen Arbeitsbedingungen. Das Unterziel 12.5 sieht zudem vor, bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich zu verringern.

PARTNER FÜR EINE NACHHALTIGE ABFALLWIRTSCHAFT

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen (AWB) pflegt seit 2016 eine Projektpartnerschaft mit der tunesischen Kleinstadt El Guettar. Die Partnerschaft ist Teil des Programms „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Über die Partnerschaften in dem Programm soll die kommunale Selbstverwaltung in den Maghreb-Staaten gefördert werden.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen unterstützt die tunesische Partnerkommune, ihre Abfallwirtschaft nachhaltig aufzustellen. Er berät die Kommune bei der Einführung der Abfalltrennung und der Sensibilisierung der Bevölkerung.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Vor allem durch gegenseitigen Fachaustausch auf Augenhöhe: Bei mehreren Delegationsreisen haben sich die Projektpartner ein Bild von der Situation in El Guettar und Böblingen gemacht. Gemeinsam wurde überlegt, wie man die Abfallwirtschaft in der tunesischen Kommune voranbringen kann und welche Erfahrungen aus dem Landkreis Böblingen dabei nützlich sein können.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

Zum Ende der Projektpartnerschaft, welche bis Ende 2019 anhielt, wurde eine Partnerschaftserklärung zwischen den beiden Kommunen in El Guettar unterschrieben. Ende 2019 ist in El Guettar die erste Sammelstelle für Wertstoffe eingeweiht worden. In dem Wertstoffhof werden künftig Kunststoff, Kartonagen und Dosen getrennt gesammelt. Auch der Bau einer Biomüll-Kompostierungsanlage ist angedacht.



Böblingen/Baden-Württemberg



Bevölkerung: **390.000** Landrat: **Roland Bernhard**

El Guettar/Tunesien



Bevölkerung: **15.000** Bürgermeister: **Ammar Mabrouk**

NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER SICHERSTELLEN

Wer nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion fördern will, muss auch einen anderen Umgang mit Abfall fördern. Denn die Vermeidung und Wiederverwertung von Abfall (SDG 12.5) ist eine der zentralen Grundlagen für nachhaltiges Wirtschaften.

Im Landkreis Böblingen kennt man sich mit Abfalltrennung aus. Der kommunale Eigenbetrieb des Landkreises, der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB), setzt bei seinem Abfallwirtschaftskonzept auf Nachhaltigkeit: So gibt es zum Beispiel im Landkreis Böblingen keine Gelbe Tonne, sondern die Bürgerinnen und Bürger bringen ihre Verpackungen und Wertstoffe zu den 31 Wertstoffhöfen im Landkreis. Dort werden alle Wertstoffe getrennt erfasst, was enorme Vorteile beim Recyclen und Vermarkten bringt. Das nachhaltige System hat sich etabliert und die Bürgerinnen und Bürger sind dafür sensibilisiert.

Um Sensibilisierung für Abfalltrennung und nachhaltige Abfallwirtschaft geht es auch im tunesischen El Guettar. Mit der 15.000 Einwohner-Kommune am Rande der Sahara pflegt die Abfallwirtschaft Böblingen seit 2016 eine Projektpartnerschaft. Es geht darum, die tunesische Kommune mit Know-how aus dem Landkreis Böblingen bei der Entwicklung einer nachhaltigeren Abfallwirtschaft zu unterstützen.

Die Projektpartnerschaft wird gefördert durch das Programm „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Ziel der Partnerschaften soll der Aufbau kommunaler Selbstverantwortung und kommunaler Dienstleistungen in den Maghreb-Staaten sein.

Im Fall des Landkreises Böblingen und der Stadt El Guettar konnten sich seit Projektbeginn die Verantwortlichen auf beiden Seiten durch mehrere Delegationsbesuche ein Bild von der Situation machen. Aber wie genau kann der Abfallwirtschaftsbetrieb aus dem Landkreis Böblingen die tunesische Kleinstadt unterstützen? „Natürlich lässt sich unser Abfallsystem aus Böblingen nicht eins zu eins nach El Guettar übertragen“, sagt Wolfgang Hörmann vom AWB. Dafür seien die Bedingungen in Tunesien zu unterschiedlich. Aber die Grundsätze einer nachhaltigen Abfallwirtschaft gelten eben



Delegationstreffen in Tunesien: gemeinsam für eine bessere Abfallwirtschaft
(Foto: AWB Landkreis Böblingen)

auch in Tunesien. In El Guettar gehe es vor allem um zwei Herausforderungen, sagt Wolfgang Hörmann: Kunststoffe als Wertstoffe zu erkennen und sie getrennt zu erfassen. Und dafür zu sorgen, dass der Bioabfall, der in Tunesien einen großen Anteil bei den häuslichen Abfällen ausmacht, ebenfalls getrennt und kompostiert wird. Für beides ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung unerlässlich. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: El Guettar gehörte schon im letzten Jahr zu den fünf saubersten Städten des Landes.

Und die Tunesier machen weiter: Ende 2019 wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Böblingen eine Sammelstelle für Wertstoffe eingeweiht, zu der die Bürgerinnen und Bürger künftig ihren Abfall bringen können. Sie wird flankiert von einer Informationskampagne für die Bevölkerung über verschiedene Kanäle (Flyer, Plakate, Soziale Medien). Angedacht ist auch der Bau einer Anlage zur Biomüllkompostierung. Der AWB berät dabei in ganz praktischen Fragen: Welches Equipment braucht es für einen Wertstoffhof? Wie organisiert man den Weitertransport? Wie erreicht man die Menschen am besten? Es sei eine Partnerschaft auf Augenhöhe, betont Wolfgang Hörmann. „Die Ideen kommen aus der Partnerkommune und wir beraten sie bei der Umsetzung.“

Die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort sei sehr fruchtbar. Ihn beeindruckt dabei vor allem das Engagement, mit der die tunesische Seite die Dinge vorantreibt. Umweltverein, Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger ziehen an einem Strang um ihre Vision zu erreichen: El Guettar zu einer Zero-Waste-Kommune zu machen.



Der Klimawandel und seine Folgen machen vor Landesgrenzen nicht Halt und haben Auswirkungen auf das Leben aller Menschen weltweit. Die extremen Folgen der Erderwärmung wie etwa Dürreperioden, Überschwemmungen und Waldbränden zu bekämpfen und gleichzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die den Klimawandel stoppen, ist Kern von SDG 13. Es gilt Maßnahmen auf lokaler Ebene zu etablieren und das Bewusstsein für die ambitionierten Ziele zu schärfen.

DEUTSCH-VIETNAMEISISCHE KLIMAPARTNERSCHAFT

➔ UM WAS GEHT ES?

Mit ihrer Klimapartnerschaft zeigen die sachsen-anhaltische Stadt Wernigerode und die vietnamesischen Stadt Hoi An, das gemeinsame städtepartnerschaftliches Engagement zu Gunsten eines noch größeren Projektes, der Bekämpfung des Klimawandels, funktionieren kann. So konnte etwa in Hoi An dank Unterstützung der deutschen Partnerstadt eine 55 Kilowatt Peak starke Photovoltaikanlage errichtet werden.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Die beiden Städte pflegen seit 2013 die erste offizielle deutsch-vietnamesische Städtepartnerschaft. Zunächst auf den kulturellen Austausch fokussiert, wurde schnell deutlich, dass es auch Bedarf an einer Zusammenarbeit für Klimaschutzprojekte gibt. Mit Unterstützung der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) wurde daraus eine kommunale Klimapartnerschaft.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Fachleute aus beiden Kommunen tauschen sich zunächst intensiv zur Situation ihrer Städte in Bezug auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung aus und erarbeiteten ein gemeinsames Handlungsprogramm. Mit finanzieller Unterstützung über die SKEW gelang es dann ein erstes gemeinsames Klimaschutzprojekt umzusetzen: Die Installation einer Photovoltaikanlage. So wird die historische Altstadt von Hoi An, die UNESCO-Weltkulturerbe ist, mit selbsterzeugtem Solarstrom beleuchtet.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Aus der kulturellen Partnerschaft zwischen den beiden Städten ist eine enge Verflechtung in verschiedenen Bereichen entstanden. So kooperieren Hoi An und Wernigerode durch den Austausch von Wirtschaftsunioren. Sie haben Schulpartnerschaften, gemeinsame Ausbildungsinitiativen in den Bereichen Hotellerie, Gastronomie und Pflege sowie gemeinsame Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit.



Wernigerode



Bevölkerung:
390.000

Bürgermeister:
Peter Gaffert

Hoi An/Vietnam



Bevölkerung:
75.000

Oberbürgermeister:
Nguyen Van Son

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

EIN LEUCHTEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

„Ohne die Zivilgesellschaft und deren Engagement geht sowas nicht.“ Es ist Katrin Anders wichtig das zu betonen. Die Projektkoordinatorin aus Wernigerode spricht über die intensive Klimapartnerschaft zwischen der sachsen-anhaltinischen Stadt und der vietnamesischen Küstenstadt Hoi An. Diese Partnerschaft ist in beiden Städten sichtbar. Ein Symbol für diese Partnerschaft könnte der Lampion sein. Die bunten Seidenlampen lassen die historische Altstadt Hoi Ans, die UNESCO-Weltkulturerbe ist, stimmungsvoll erstrahlen.

Die gleichen handgefertigten Seidenlampen, über hundert Stück, erhellten die Altstadt von Wernigerode zum dreitägigen Lampionfest im August 2019. Fast 20.000 Menschen besuchten das Fest, mit dem die Stadt ihre Partnerschaft mit Hoi An feierte.

VON DER IDEE ZUR KLIMAPARTNERSCHAFT

Was so viele Menschen anlockte, begann damit, dass die aus Vietnam stammende Gastronomin Huong Trute und Wernigerodes Oberbürgermeister Peter Gaffert die Idee hatten, als erste deutsche Stadt eine Partnerschaft mit einer vietnamesischen Stadt einzugehen. Die Küstenstadt Hoi An mit ihren 75.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, deren Verwaltung als innovativ galt, war der richtige Partner. Was 2013 als kultureller Austausch begann, entwickelt sich dank des großen Engagements von Huong Trute und der engagierten Arbeit der Verwaltungen beider Städte zu einer vielschichtigen Partnerschaft und einem gemeinsamen Engagement für den Klimaschutz.

Hoi An als Küstenstadt ist häufig von Hochwasser, Taifunen und weiteren Folgen des Klimawandels betroffen, auch in Wernigerode macht sich der Klimawandel durch Extremwetterereignisse bemerkbar. Beide Städte sind zudem engagiert im Klimaschutz. Im Rahmen ihrer Partnerschaft haben sie ein gemeinsames Handlungsprogramm zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erarbeitet. So wurde die Partnerschaft Teil des Netzwerkes der Kommunalen Klimapartnerschaften, welches von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) und der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. begleitet wird. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Klimapartnerschaft mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage zur Versorgung der Altstadt und des Tourismuszentrums von Hoi An.



Mit einem dreitägigen Lampionfest machte Wernigerode die Klimapartnerschaft mit Hoi An im August 2019 sichtbar. (Foto: Katrin Anders)

RIESENAUFWAND, DER SICH LOHNT

„Wir hatten durch die Photovoltaikanlage und die damit verbundenen Arbeit die Chance uns viel intensiver, kennenzulernen. Das hat der Partnerschaft einen Riesenschub gegeben,“ erklärt Katrin Anders. Aus Mitteln des BMZ wurden über die SKEW 90 Prozent der Finanzierung bereitgestellt, die übrigen 10 Prozent teilten sich Wernigerode und Hoi An. Eine Firma aus Wernigerode beriet beim Aufbau der Anlage. Ein Mammutprojekt besonders aufgrund der sprachlichen Barriere, wie Katrin Anders betont. „Die Kommunikation war ein Riesenaufwand. Das hat alles nur funktioniert, weil wir Menschen hatten, die dafür brennen und ohne die wir nicht da wären, wo wir heute sind“, so Anders.

In ihrem gemeinsamen Handlungsprogramm haben sich die beiden Städte noch viele weitere Ziele für den Klimaschutz und ihre Zusammenarbeit gesetzt. So soll die Kooperation beim Umweltschutz noch verstärkt werden. Zudem gibt es eine gemeinsame Ausbildungsinitiative für Hotellerie, Pflege und Gastronomie, Schulpartnerschaft und Schüleraustausch sowie Kooperationen zwischen junge Unternehmerinnen und Unternehmern.

Für dieses vorbildliche Engagement wurden die beiden Städte mit dem „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ in der Kategorie „Kommunale Partnerschaften“ ausgezeichnet. Sie sind ein leuchtendes Vorbild für weitere Städte und Regionen sich in kommunalen Partnerschaften für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu engagieren.



Mit dem SDG 14 wollen die Vereinten Nationen Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen. Ziel ist es dabei auch bis 2020 die Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig zu bewirtschaften und zu schützen, damit die Meere wieder gesund und produktiv werden (Unterziel 14.2).

MIT GEOTUBEN UND MANGROVEN FÜR MEHR KÜSTENSCHUTZ

→ UM WAS GEHT ES?

Für die Stadt Corinto in Nicaragua sind die Themen Klima- und Küstenschutz existenzielle Aufgaben. Die Stadt liegt auf einer Halbinsel, nur 0,75 m über dem Meeresspiegel. Tsunamis, Überschwemmungen und ein ansteigender Meeresspiegel entfalten hier eine ganz direkte Wirkung und bedrohen die Stadt mit ihren 22.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in ihrer Existenz. In Corinto gehen der Schutz der Küste und der Küstenökosysteme daher Hand in Hand mit dem Schutz der Bevölkerung.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Schon seit Ende der 1980er Jahre besteht eine Städtepartnerschaft zwischen Köln und Corinto, angetrieben von dem engagierten Partnerschaftsverein Köln – Corinto/El Realejo e.V. 2012 entstand aus der Städtepartnerschaft eine Klimapartnerschaft, gefördert von der SKEW. Im ihrem gemeinsam erarbeiteten Handlungsprogramm machten die beiden Städte als dringlichstes Thema den Küstenschutz aus und stießen erste Projekte an.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Am Strand von Corinto wurden in einem ersten Projekt auf mehreren Kilometern sogenannte Geotuben – 80 Meter lange und 2 Meter hohe mit Sand gefüllte Schläuche – verlegt. Sie bilden eine Art Bollwerk gegen die Wellen, schützen die Stadt vor Sturmfluten und verhindern weitere Abtragungen der Küste durch Meeresströmungen. In einem zweiten Projekt ging es zudem um den Schutz und die Wiederaufforstung von Mangrovenwäldern, die ebenfalls essentiell für den Küstenschutz sind.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Das Geotuben-Projekt hat sich als Modellprojekt erwiesen: So hat auch die Zentralregierung in Nicaragua die Bedeutung erkannt und fördert den weiteren Ausbau der Küste mit Geotuben. Durch die Klimapartnerschaft wird bereits ein weiteres Projekt im Bereich Abfallwirtschaft umgesetzt. Ein Projekt für mehr Trinkwasserschutz befindet sich in Planung. Grundsätzlich arbeiten beide Seiten intensiv daran, dass die Partnerschaft – auch trotz einer angespannten politischen Lage in Nicaragua – erfolgreich weitergeht.



Corinto/Nicaragua



Bevölkerung: Bürgermeister:

22.000 A. Martínez Navas

Köln/Deutschland



Bevölkerung:

Bürgermeisterin:

1,06 Mio. Henriette Reker

KÜSTEN SCHÜTZEN HEISST BEVÖLKERUNG SCHÜTZEN

In der Stadt Corinto in Nicaragua ist das Thema Küstenschutz durch die geografische Lage überall präsent. Alte Häuser sind versunken, der Friedhof der Stadt wurde vom Meer weggeschwemmt. In Corinto bedeutet Küstenschutz immer auch Bevölkerungsschutz. „Die Menschen sind grundsätzlich offen für das Thema, alle wissen, dass die Lage ernst ist“, sagt Maria Suarez-Martinez, die Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Corinto. Der Stadtrat von Corinto, Richard Martinez, bestätigt das: „Aufgrund unserer Lage sind wir sehr anfällig für jegliche Umweltveränderung, daher gehört es zu unserer Stadtpolitik, das Bewusstsein für Klimaschutz in der Bevölkerung zu fördern.“

Deutlich wurde das auch zu Beginn der von der SKEW geförderten Klimapartnerschaft im Jahr 2012. Schon zum ersten Treffen brachten die Vertreterinnen und Vertreter aus Corinto konkrete Ideen mit. „Die Zusammenarbeit mit Corinto ist sehr bedarfsgetrieben, die Kolleginnen und Kollegen wissen, was sie brauchen und entwickeln eigene Ideen vor Ort“, betont Johanna Pulheim, die die Partnerschaft für die Stadt Köln betreut. Zusammen mit der SKEW und der LAG 21 NRW e.V. haben die Städte 2012 ein Handlungsprogramm erarbeitet, das Ziele des Katastrophen- und Küstenschutz ebenso beinhaltet wie eine bessere Abfallentsorgung und den Trinkwasserschutz.

Begonnen wurde die Klimapartnerschaft mit dem Küstenschutz, da in diesem Bereich die größte Gefahr für die Stadt bestand. Der Vorschlag aus Corinto für das erste Projekt waren Geotuben – riesige, mit Sand gefüllte Schläuche, die am Strand verlegt werden und eine weitere Erosion der Küste verhindern. Im Rahmen der Klimapartnerschaft wurde das Projekt von der SKEW mit über 550.000 Euro gefördert – bei Gesamtkosten von knapp 630.000 Euro. Mehrere Kilometer Strand werden seitdem von den Schläuchen geschützt, mit großem Erfolg: Die Küstenerosion ging zurück, heute werden täglich wieder rund 150 Kubikmeter Küste angeschwemmt. Das Projekt hat Modellcharakter bekommen: Inzwischen hat auch die Nationalregierung 1 Million US-Dollar bereitstellt, um weitere Gebiete rund um Corinto zu sichern. Auch andere Staaten in Lateinamerika interessieren sich für die Maßnahme.



Riesige, mit Sand gefüllte Schläuche (Geotuben) schützen die Küsten vor Corinto. (Foto: Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln – Corinto/El Realejo e.V.)

Auch dem natürlichen Küstenschutz widmet sich ein Projekt innerhalb der Klimapartnerschaft. Corinto ist umgeben von Mangrovenwäldern, die enorm wichtig für das Küstenökosystem sind. Und sie schützen mit ihren Wurzeln vor Erosion. Das Problem: Die Menschen verwenden Mangroven als Brenn- und Bauholz – mehr als nachwachsen kann. Im Mangrovenschutzprojekt geht es deshalb darum, die Bevölkerung zu sensibilisieren und gleichzeitig die Wiederaufforstung der Wälder zu fördern. Gemeinsam mit Studierenden der Universität Köln wurde dafür 2015 eine Sensibilisierungskampagne realisiert. Dazu gehörten Workshops in Schulen und öffentliche Informationsveranstaltungen und ein jährlich stattfindendes Mangrovenfest. Gleichzeitig wurden inzwischen über 38.000 Mangrovensetzlinge gepflanzt – unter anderem gemeinsam von Schülerinnen und Schülern aus Köln und Corinto.

Aber nicht nur Corinto profitiert von der Klimapartnerschaft, auch für die Stadt Köln bringt sie Nutzen. Es sei sehr beeindruckend und motivierend zu sehen, wie die Menschen in Corinto unter schwierigen Bedingungen ihre Projekte vorantreiben, sagt Johanna Pulheim. „Am Beispiel Corinto können wir ganz konkret sehen, wie wichtig es ist, dass auch wir unseren Teil beim Klimaschutz leisten“. Und in Sachen Wissenstransfer geht es durchaus auch mal in die andere Richtung. Corinto sei eine richtige Fahrradstadt, sagt Johanna Pulheim. Da könne sich Köln noch einiges abgucken.

SDG 15: LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODEN-DEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIODIVERSITÄT EIN ENDE SETZEN



Die natürlichen Lebensräume zu schützen und den Verlust der biologischen Vielfalt zu beenden, ist zentral für eine nachhaltige Entwicklung. Im Unterziel 15.5. wurde das Ergreifen von umgehenden und bedeutenden Maßnahmen vereinbart, um bedrohte Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern. Ziel ist es, natürliche Ökosysteme nachhaltig zu nutzen und geschädigte Flächen und Böden zu sanieren (Unterziel 15.3.). Auf lokaler Ebene (Unterziel 15.9) gilt es, bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Planungen einzubeziehen.

OHNE ACKERGIFTE BLÜHT DIE ARTENVIELFALT

→ UM WAS GEHT ES?

Die Gemeinde Nebelschütz hat das Ziel, ein „enkeltauglicher“ Ort zu sein. Eine zentrale Voraussetzung dafür: den Schutz der Böden vor Schadstoffen und damit mehr Biodiversität. Möglich macht das eine für den Naturschutz sensibilisierte Gemeinde. Unter Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger hat sich Nebelschütz deshalb für eine nachhaltige Bodennutzung ohne Pestizide entschieden.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Um den Boden vor Ackergiften zu schützen, hat die Gemeinde bereits vor 15 Jahren Ackerland angekauft und dort die ökologische Landwirtschaft gestärkt. Rund 100 ha Fläche sind es inzwischen, einen Teil verpachtet sie an Landwirte, die das Ackerland ökologisch bewirtschaften. Der übrige Teil wird in Form von Streuobstwiesen und ökologischen Kräutergärten genutzt – ein wichtiger Beitrag zur Artenvielfalt.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Die Gemeinde denkt langfristig. Sie hat über mehrere Jahrzehnte freiwerdende Flächen rund um Nebelschütz erworben. Unter Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger hat sie sich bewusst für eine nachhaltige Nutzung ohne Pestizide entschieden. Zudem können sächsische Unternehmen die Naturflächen der Gemeinde mit Ausgleichszahlungen unterstützen. Die langfristige Bewirtschaftung der Flächen ist damit finanziell gesichert.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Mit einer zweiten Zukunftswerkstatt im Frühjahr 2019, die die Dorfentwicklung und den Landschaftsbau zum Thema hatte und einer geplanten Mitgliedschaft im Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e. V. will Nebelschütz seine Identität als „ökologisches Dorf“ künftig noch einmal stärken. Zusätzlich veranstaltet Nebelschütz auch erste Saatgutauschsbörsen. So hofft die Gemeinde noch mehr Bürgerinnen und Bürger für das Thema sensibilisieren zu können.





NACHHALTIGKEIT LEBEN

Den europäischen Dorferneuerungspreis, die Silbermedaille im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, den Titel als „Kerniges Dorf“ – die 1.200-Seelen-Gemeinde Nebelschütz ist in den vergangenen Jahren vielfach ausgezeichnet worden. Und auch die Bevölkerungsentwicklung des kleinen Ortes in Ost Sachsens erscheint preisverdächtig: So gibt es in der Gemeinde derzeit keine freie Wohnung, keinen freien Bauplatz und der erst vor fünf Jahren großzügig fertiggestellte ökologisch-kreative Kindergarten ist voll ausgelastet.

Ursache für diese ausgezeichnete Entwicklung des Ortes, dürfte das Engagement seiner Einwohnerinnen und Einwohner sein. „Man braucht vor Ort Macher“, sagt Thomas Zschornak, der seit 30 Jahren Bürgermeister der Gemeinde ist. Er meint damit unter anderem das Engagement von Jungbauern, die in Nebelschütz Ackerflächen bewirtschaften. Aber auch den Bürgermeister selbst könnte man als Macher beschreiben. Mit seiner Vision eines ökologischen Nebelschütz' hat er die Gemeinde nachhaltig geprägt.

NATURSCHUTZ ALS SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT BEGREIFEN

Denn Thomas Zschornak, der 1990 mit damals 26 Jahren jüngster Bürgermeister Sachsens wurde, hat früh erkannt, dass eine Gemeinde Fläche braucht, um etwas entwickeln und Einfluss nehmen zu können. Und so kaufte Nebelschütz vor 15 Jahren Ackerland, Wiesen und Waldflächen an, um sie nachhaltig und ökologisch nutzbar zu machen. Der Verzicht auf Pestizide und Ackergifte wird von der Gemeinde gemeinsam getragen und ist Ergebnis von viel Überzeugungsarbeit. Gemeinsam mit den Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung habe man die Bevölkerung etwa in Zukunftswerkstätten oder auf Informationsabenden einbezogen. „Da gab es einen Gemeinderatsbeschluss, deshalb haben wir viel informiert und sensibilisiert und gezeigt, dass die ökologische Bewirtschaftung einer Fläche ihre Aufwertung bedeutet“, sagt Thomas Zschornak.

Eine Streuobstwiese etwa rechnet sich über die Jahre und ist – auch dank des Verzichts auf Pestizide – eine der besten Voraussetzungen für Artenvielfalt: „Man kann das Obst verwenden und auch Heu vom Boden nutzen“, zählt der Bürgermeister auf. Nicht nur ideell, sondern tatsächlich auch finanziell trägt sich das Nebelschützer Konzept. So können



Beim Obstpresstag in der Kita lernen die Kleinen in Nebelschütz, wie gut Apfelsaft von Streuobstwiesen schmeckt. (Foto: Kindertagesstätte „Jan Skala – Bunte Steinchen“)

sächsische Unternehmen auf ein Ökokonto einzahlen, wenn zum Beispiel bei einem Bau Grünflächen versiegelt werden. Mittels dieser Ausgleichszahlungen finanziert die Gemeinde Maßnahmen gegen die Erosionen von landwirtschaftlichen Flächen oder auch für die Nachbepflanzung alter Alleen.

„EIN ENKELTAUGLICHER ORT“

Es ist die Vorstellung eines „enkeltauglichen“, gemeinsamen Wohn- und Lebensortes, der die Nebelschützer motiviert. Dass sich diese Geisteshaltung durchsetzt, zeigt etwa die Anzahl der Biobauern und Biobäuerinnen. So gab es vor sieben Jahren noch keinen Ökolandwirt, an den man die Flächen hätte verpachten können. Mittlerweile sind in der Gemeinde drei ökologischen Landwirtschaftsbetrieben Verträge, darunter auch mit einem gerade einmal 23-jährigen Jungbauern.

Und auch die Kleinsten lernen in Nebelschütz bereits, worin die Vorteile des Pestizidverzichts liegen. So veranstaltet die ökologisch-kreative Kindertagesstätte einen Obstpresstag, an dem das Obst der Streuobstwiesen gepresst und mit dem konventionellen Produkt verglichen wird. Die Vorteile der pestizidfreien Landwirtschaft werden so direkt erlebbar.



Mit dem SDG 16 verfolgen die Vereinten Nationen das Ziel, weltweit Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen zu fördern. Friedliche Gesellschaften mit rechtsstaatlichen Prinzipien machen eine nachhaltige Entwicklung erst möglich und legen die Grundlagen dafür, dass auch andere SDGs erreicht werden können.

KOMMUNALES KNOW-HOW AN GEFLÜCHTETE VERMITTELN

→ UM WAS GEHT ES?

Im Rahmen der von der SKEW durchgeführten Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ lernten acht Geflüchtete aus Syrien in der Krefelder Stadtverwaltung die Strukturen einer deutschen Kommunalverwaltung kennen. In verschiedenen Bereichen erlangten sie verwaltungsspezifisches Know-how, das später einmal für den Auf- und Ausbau von demokratischen Verwaltungsstrukturen in Syrien helfen kann.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Mit Unterstützung der SKEW hat die Stadt Krefeld acht Praktikumsstellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Die Geflüchteten arbeiteten in verschiedenen Verwaltungsbereichen und erweiterten so ihre Kenntnisse. Sie beschäftigten sich mit Demokratieförderung, bürgernaher Verwaltung, Quartiersmanagement, Soziales und Bildung sowie kommunaler Bauplanung und Stadtentwicklung.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Auf einem verwaltungsinternen Workshop wurde die Umsetzung des Projektes gemeinsam mit der SKEW geplant. Anschließend lud die Stadt alle syrischen Geflüchteten vor Ort zu zwei großen Workshops ein. Die Interessierten lernten die Grundlagen der Kommunalverwaltung kennen und konnten sich über das Projekt und sowie die Ausschreibung der Praktika informieren. Aus rund 50 Bewerberinnen und Bewerbern wurden acht ausgewählt, drei Frauen und fünf Männer. Im November 2018 traten sie ihre zwölfmonatigen Praktika in der Stadtverwaltung an.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Alle Praktika sind sehr erfolgreich gelaufen. Die Syrerinnen und Syrer arbeiteten sich schnell ein und einige haben bereits die Zusage für einen anschließenden Arbeitsplatz in der Verwaltung bekommen. Die SKEW begleitet und befördert zudem im Rahmen eines bundesweiten Netzwerkes einen langfristigen Austausch aller (ehemaligen) Praktikantinnen und Praktikanten des Projektes und deutscher Kommunen zu Themen der Kommunalverwaltung und -politik.



Krefeld

→ Nordrhein-Westfalen



Bevölkerung:
230.000



Oberbürgermeister:
Frank Meyer

GEFLÜCHTETE LERNEN KOMMUNALVERWALTUNG

Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen (SDG 16.6) sind eine Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in rechtsstaatlichen Gesellschaften. Auch in Ländern, in denen derzeit Krieg herrscht – zum Beispiel in Syrien –, wird es in Zukunft darum gehen, eine friedliche Gesellschaft mit starken Institutionen aufzubauen. Nur so kann Frieden langfristig gesichert werden.

Wie Kommunen in Deutschland ihren Beitrag dazu leisten können, zeigt das Beispiel der Stadt Krefeld. Als eine von sieben Modellkommunen der von der SKEW durchgeführten Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ bringt die Stadt syrischen Geflüchteten Strukturen und Arbeitsweisen einer deutschen Kommunalverwaltung näher. Mit diesem Wissen sollen sie beim zukünftigen Wiederaufbau kommunaler Strukturen in Syrien mitwirken.

Die Stadt Krefeld hat dafür insgesamt acht Praktikumsstellen geschaffen. Behandelt werden Fragen wie: Was finanziert der deutsche Staat alles für seine Bürgerinnen und Bürger? Wie laufen Antragsverfahren in der Verwaltung? Wie wird Korruption vermieden?

Geplant wurde die Umsetzung des Projektes auf einem verwaltungsinternen Workshop gemeinsam mit der SKEW. Das Interesse war so groß, dass aus ursprünglich geplanten zwei Stellen acht geworden sind. Sie liegen in den Bereichen Stadtmarketing, Kulturbüro, Volkshochschule, dem Bereich Soziales, Senioren und Wohnen sowie Migration und Integration, Zentrales Gebäudemanagement, Bauaufsicht sowie Vermessungs- und Katasterwesen.

Aber wie findet man geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die geschaffenen Stellen? „Zuerst einmal mussten wir das Projekt bekannt machen“, sagt Dr. Tagrid Yousef, Abteilungsleiterin Integration bei der Stadt Krefeld. Es sei eine Vorgabe des SKEW-Programms gewesen, dass alle syrischen Geflüchteten in der Kommune über die Stellenausschreibungen informiert werden. In Krefeld hat die Stadt dafür Informationsflyer verteilt. Zum Auftakt gab es zwei Grundlagen-Workshops zur Kommunalverwaltung, die allen Interessierten offenstanden und an denen rund 50 syrische Geflüchtete teilgenommen haben. Und fast die gleiche Zahl an Bewerbungen ging hinterher



Acht Geflüchtete lernen in Krefeld, wie eine deutsche Verwaltung funktioniert. (Foto: Stadt Krefeld)

in der Verwaltung ein. Es gebe in Krefeld sehr viele Fachkräfte aus Syrien – Ingenieure, Lehrkräfte, Umweltfachkräfte, sagt Tagrid Yousef. „Das sind Menschen, die nicht zuhause rum-sitzen wollen, sondern gerne arbeiten möchten, am liebsten in dem Bereich, den sie erlernt haben.“ Das ist zum Teil für die acht ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber möglich geworden. Ein Psychologe arbeitete zum Beispiel im Bereich Migration und Integration mit traumatisierten Kindern aus Kriegsgebieten. Eine Architektin bei der Bauaufsicht. Damit trägt das Programm ganz nebenbei auch zu einer guten Integration der Geflüchteten in Deutschland bei.

Die Praktika in Krefeld endeten im Winter 2019. Fraglich war von Beginn an, ob sich bis dahin die Lage in Syrien mit Blick auf das eigentliche Projektziel – Hilfe beim Wiederaufbau in Syrien – ändern wird. Umso wichtiger ist es, dass das Praktikum in der Verwaltung die Geflüchteten auch in Deutschland beruflich weiterbringt und ihnen neue Perspektiven eröffnet – ob in der Verwaltung oder an anderer Stelle. Einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben im Anschluss an das Praktikum eine reguläre Arbeitsstelle in der Verwaltung angetreten, sagt Tagrid Yousef. Sie wünscht sich, dass es für alle Teilnehmenden des Projektes in der Verwaltung weitergeht. „Wir bauen hier etwas auf, und im Sinne der Nachhaltigkeit wäre es gut, wenn das nicht nach einem Jahr abrupt endet.“

Die SKEW arbeitet parallel daran, ein Netzwerk zum Wiederaufbau von Kommunalstrukturen in Syrien aufzubauen. Zudem sind zwei weitere Projektphasen mit neuen Kommunen und neuen syrischen Praktikantinnen und Praktikanten geplant. So wächst das Netzwerk weiter und das Know-how für Syrien kann gebündelt und weiterentwickelt werden, auch über die Praktika hinaus.

SDG 17: UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN



Zur erfolgreichen Umsetzung der SDGs braucht es neue Formen der Zusammenarbeit: mit der Zivilgesellschaft, mit der Wirtschaft und Wissenschaft auf lokaler, nationaler, staatlicher und globaler Ebene. Diese Partnerschaften helfen dabei, finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, sie stärken den Wissensaustausch und tragen dazu bei, die Agenda 2030 umzusetzen.

VIEL AUFMERKSAMKEIT FÜR DIE SDGS

➔ UM WAS GEHT ES?

Die Vereinigung der flämischen Städte und Gemeinden (VVSG) hat im September 2019 zur „Woche der nachhaltigen Gemeinde“ aufgerufen. Unter dem Motto „Lokale Helden für globale Ziele“ konnten die Kommunen zeigen, wie sie zum Erreichen der SDGs beitragen. 95 flämische Kommunen haben sich an der Kampagnenwoche beteiligt.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Mit der Kampagnenwoche wurde den SDGs vom 18. bis zum 25. September besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Zugleich wurde damit der dritte Jahrestag des Beschlusses der Agenda 2030 gefeiert. Schon in 2018 fand die erste Kampagnenwoche unter gleichem Motto statt bei der 80 Kommunen teilnahmen. Im Jahr 2019 nahmen schon 95 Kommunen teil. Die Kommunen hissten die SDG-Flagge an ihren Rathäusern und würdigten mit einem Bündel an Aktionen das Engagement ihrer „Helden der Nachhaltigkeit“.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Alle Kommunen, die sich an der Nachhaltigkeitswoche beteiligt haben, wurden von der VVSG mit Materialien, etwa Sticker und Flaggen, ausgestattet. Außerdem half sie dabei, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Da die Kommunen ihre strategischen Pläne für 2020-2025 entwickelten, wurden die Kommunen insbesondere beraten ihre Ziele an den SDGs auszurichten. Die Kommunen organisierten mit ihren Partnern aus Zivilgesellschaft und Bürgerschaft zahlreiche Events, beispielsweise SDG Ratespiele, Kinoabende oder Infoveranstaltungen.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Nach der Themenwoche in 2018 fand eine Onlinebefragung statt, an der 60 Prozent der beteiligten Kommunen teilnahmen: 96 Prozent wünschten sich eine Wiederholung der Themenwoche im Jahr 2019. Nach den beiden erfolgreichen Themenwochen 2018 und 2019 wird das Format für 2020 verändert. Am 24. September 2020 soll zeitgleich mit der internationalen SDG-Konferenz „Global Goals Local Focus“ in Mechelen der „Tag der nachhaltigen Kommune“ stattfinden.



HELDINNEN UND HELDEN DER NACHHALTIGKEIT

Lokales Engagement für globale Ziele: Um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, müssen wir uns gemeinsam anstrengen – jede und jeder an ihrem oder seinem Lebensort. Dafür sind partnerschaftliche Zusammenarbeit und der damit verbundene Austausch von Wissen und Ideen zentral. Ein gutes Beispiel sind die Themenwochen „Lokale Helden für globale Ziele“: bis zu 95 flämische Kommunen haben im September 2018 und 2019 gezeigt, wieviel vor Ort bereits passiert, um die SDGs zu erreichen. Damit würdigten sie das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Und die Städte können voneinander lernen.

Die Vereinigung der flämischen Städte und Gemeiden (VVSG), hat die 308 flämischen Kommunen zur „Woche der nachhaltigen Gemeinde“ aufgerufen. Anlässlich des dritten Jahrestages des Beschlusses der Agenda 2030 fand sie vom 18. bis zum 25. September 2018 zum ersten Mal statt. Unter dem Motto „Lokale Helden für globale Ziele“ bekamen die SDGs ein Gesicht und wurden thematisiert.

SDGS IN DEN KÖPFEN VERANKERN

Die VVSG, die diese Kampagnenwoche erdacht hat, ist die Dachorganisation der Kommunalverwaltungen in Flandern. Sie bietet Beratung, Schulung, Coaching und Lobbyarbeit für alle 300 flämischen Gemeinden an. Innerhalb der VVSG berät das Team zu Themen wie globale Verantwortung, internationale Zusammenarbeit und die Lokalisierung der Agenda 2030. In einem dreijährigen Pilotprojekt untersucht das Team gemeinsam mit einer Gruppe von 20 Kommunen Methoden, um die SDGs strukturell in die Kommunalpolitik zu integrieren. Neben verschiedenen Instrumenten und Publikationen ist die Kampagne „Woche der nachhaltigen Gemeinde“ ein Ergebnis dieser intensiven und partizipativen Entwicklung. 2019 wurde die Aktionswoche vom 18. bis 25. September fortgesetzt.

VOR ORT ENGAGIERT FÜR DIE NACHHALTIGKEIT

Der Aufruf zur „Woche der nachhaltigen Gemeinde“ richtete sich an alle flämischen Kommunen. Um teilzunehmen, mussten sie zweierlei tun: Sie hissten für die ganze Woche die SDG-Flagge an ihren Rathäusern. Und sie ernannten „lokale Helden der Nachhaltigkeit“, maximal 17 pro Kommune. Die VVSG stattete die Kommunen unter anderem mit Stickern mit dem Aufdruck „Held der Nachhaltigkeit“ aus. Sie unterstützte außerdem dabei, die mediale Aufmerksamkeit zu wecken. „Es gab großes Interesse der lokalen Medien an der Kampagne“, sagt Heleen Voeten von der VVSG. 80 flämische Kommunen



Gemeinsam die SDG-Flagge hissen und für Aufmerksamkeit sorgen (Foto: VVSG)

beteiligten sich 2018, 2019 sogar 95 – von 8.000-Seelen-Gemeinden wie Zwalm oder As bis hin zur Stadt Gent mit ihren 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Unter den Heldinnen und Helden fanden sich beispielsweise städtische Gärtner, Schulen, die gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern auf den Wasserverbrauch achten, Firmen, die Geschlechtergerechtigkeit leben oder auf ihren Elektrizitätsverbrauch achten. Das Engagement der Städte und Gemeinden ging aber weit darüber hinaus, die Heldinnen und Helden zu würdigen: Von SDG-Ratespielen wie in Genk bis hin zu SDG-Kinoabenden wie in Sint-Katelijne-Waver brachten die Kommunen den Einwohnerinnen und Einwohnern die Bedeutung der SDGs nahe und weckten Interesse daran.

DEN BLICK IN DIE ZUKUNFT RICHTEN

Die VVSG hat nach der Themenwoche eine Onlinebefragung unter allen teilnehmenden Kommunen durchgeführt. Etwa 77 % gaben an, die SDGs in ihre lokalen Pläne integriert zu haben und etwa 90 % würden an einer weiteren Kampagne in 2020 teilnehmen. Die Kampagnen haben damit ihr Ziel erreicht und gezeigt, dass Kommunen bei der Umsetzung der SDGs eine zentrale Rolle spielen. Für das Jahr 2020 wird am 24. September ein „Tag der Nachhaltigkeit“ für Flandern organisiert, der parallel zu einer internationalen Konferenz in Mechelen stattfinden wird. Die Kommunen werden so weiter unterstützt, die SDGs zusammen mit ihren lokalen Helden und Heldinnen umzusetzen.

INTERNETADRESSEN

<https://www.vvsg.be/kennisitem/vvsg/sdg-documents-in-foreign-languages>, www.duurzamegemeente.be/
<https://platforma-dev.eu/partner/association-of-flemish-cities-and-municipalities/>